

11/12

# DIE ALTERNATIVE



## DAS SYSTEM IST KRANK

**ARBEITERKAMMER-WAHLEN:  
ES GEHT LOS • TOLLE ERFOLGE BEI  
BETRIEBSRATS-WAHLEN •  
ABTREIBUNG IN LATEINAMERIKA**

Herausgegeben von



November/Dezember 2008

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558



## Welttag für menschenwürdige Arbeit

Am 7. Oktober 2008 organisierte der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) einen Welttag für menschenwürdige Arbeit. Dies bot den Gewerkschaften und an menschenwürdiger Arbeit interessierten Organisationen in aller Welt eine Gelegenheit, an einer breit angelegten globalen Mobilisierungskampagne unter Beteiligung zahlreicher Menschen im Rahmen einer Vielzahl von Aktivitäten teilzunehmen.

In Wien gab es eine Kundgebung am Schwedenplatz.

## Cabo Verde Kalender 2009

Der Verein Delta Cultura bringt heuer den mittlerweile fünften Kap-Verde-Kalender heraus. Heuer portraitiert Anna Leitenstorfer, junge Fotografin und Caboverde-Freundin, auf zwölf ausgewählten Schwarz-Weiss-Fotos Land und Leute.

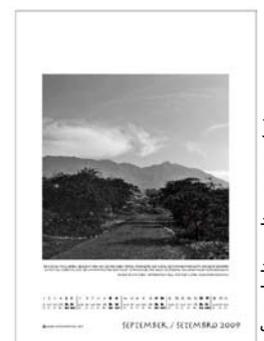
Durch diesen Kalender wird einerseits das Projekt „Kinder- und Jugendzentrum Tarrafal“ (Insel Santiago, Kapverdische Inseln) unterstützt und andererseits ein Stückchen Cabo Verde nach

Österreich gebracht. Er ist natürlich auch bestens als Geschenk geeignet. Das unterstützte Projekt „Kinder- und Jugendzentrum“ bietet zahlreiche Angebote und Aktivitäten wie eine Fußballschule für 130 Buben und Mädchen mit angeschlossenen Hausaufgaben- und Nachhilfeunterricht, Informatik-Grund- und Fortgeschrittenen- sowie Englischkursen.

Ein besonders interessantes Projekt ist die „Terracotta-Fliesenproduktion“, bei der aus der Lehmerde vor Ort Fliesen für

den Hausbau erzeugt werden und so eine Unabhängigkeit von teuren Importen erlangt werden soll. Durch dieses Projekt wurden 2 Frauenarbeitsplätze in Tarrafal geschaffen und es wird durch

vor der Küste Senegals im Atlantik gelegen. Neun der Inseln sind bewohnt. Grösste Insel, mit der Hauptstadt Praia, ist Santiago. An der Nordspitze Santiaogos befindet sich Tarrafal, wo das Centro



Infos: [deltacultura.org/at](http://deltacultura.org/at)

Dauer-SpenderInnen aus Österreich finanziert – Danke! Wichtiger Bestandteil des Zentrums sind kulturelle Aktivitäten wie die Batuku-Gruppe für Frauen- und Mädchen, die den traditionellen Trommel-Tanz-Gesang pflegen und im Sommer 2008 eine Konzertreise durch Österreich unternommen haben.

Cabo Verde (República de C.), deutsch auch Kap Verde oder Kapverdische Inseln genannt, sind die 15 Inseln vulkanischen Ursprungs zirka 500 km westlich

Infantil e Juvenil steht. Seit 1975, dem Ende der Zeit als portugiesischen Kolonie, ist Cabo Verde eine Republik. Cabo Verde weist eine lange Geschichte der Emigration auf, da es durch langanhaltende Dürreperioden immer wieder zu Hungersnöten und wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten gekommen ist. Die Projekte von Delta Cultura wollen den jungen Menschen Möglichkeiten zeigen und Chancen auf ein Leben in Cabo Verde geben.

# DIE ALTERNATIVE

IM NOVEMBER/DEZEMBER

## GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Betriebsrats-Wahlen: Victoria, Uni Wien . . . . .	Seite 4
FSW: KIV gewinnt, was zu gewinnen war. . . . .	Seite 5
AK-Wahlen 2009: Im Zeichen der Krise . . . . .	Seite 6
AK-Wahl Vorarlberg: GEMEINSAM für Solidarität . . . . .	Seite 8
AK-Wahl Salzburg: Viertes Mandat als Ziel. . . . .	Seite 9
AK-Anträge aus der Steiermark . . . . .	Seite 10
AUGE/UG: Maßnahmen für KreditnehmerInnen . . . . .	Seite 11
ÖLI/UG: Baustelle Schulreform . . . . .	Seite 12
Kommentar: Der Metallabschluss . . . . .	Seite 14
Werkvertrag oder echtes Dienstverhältnis . . . . .	Seite 15
Europäischer Tarifbericht. . . . .	Seite 28

## THEMA: FINANZKRISE

Wien: Knapp vorbei an der Milliardenpleite . . . . .	Seite 16
Ursachen und Auswirkungen: Stark zugespitzt. . . . .	Seite 20
BEIGEWUM: Forderungen . . . . .	Seite 24
„Börsenumsatzsteuer wieder einführen“. . . . .	Seite 27

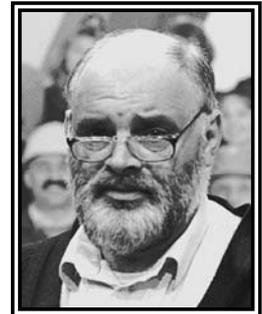
## INTERNATIONAL

Abtreibung in Lateinamerika. . . . .	Seite 32
--------------------------------------	----------

## BÜCHER

Hermann Langbein; Walter Stern . . . . .	Seite 35
--	----------

<b>SPEZIAL</b> <b>MUCH</b> . . . . .	Seite 18
---	----------



EDITORIAL  
von Alfred Bastecky

### „DAS SYSTEM IST KRANK!“

*Ich lese kaum mehr österreichische Tageszeitungen. Erstens ist mir die Schrift zu klein und zweitens zipfen mich die Inhalte und Qualität an.*

*Für die Therapiepausen auf meinem Reha-Aufenthalt habe ich mir dann doch die Lupenbrille eingepackt und mir aus dem reichhaltigen Zeitungsangebot in der Cafeteria eine Presse und einen Kurier gekauft.*

*Zunächst lese ich breit gestreut das Lob der Pakete, die die Regierung als Reaktion auf die Finanzkrise beschlossen hat. Ich nehme zur Kenntnis, dass das für die Ankerbelung der Wirtschaft noch zu wenig sei. Es müsse noch weitere geben: für die Autoindustrie, für Unternehmen, die gerade keinen Kredit bekommen u.s.w.*

*Dann geht's um Post, Telekom, Leiterplattenhersteller und Arbeitsplätze. Überall soll der Staat gefälligst etwas tun, aber bitte ohne übertriebene Einmischung in den Markt und unzumutbare Auflagen.*

*„Wer steht noch hinter dem Markt?“, fragt besorgt ein Sozialpartner der Arbeitgeberseite. Und gibt sich selbst die Antwort: „Ich hoffe, die ÖVP.“*

*Ich lese aber auch ganz anderes: zum Beispiel Attac-Mitbegründer Felber über fehlende Auflagen beim Bankenpaket und Jean Ziegler im Kurier: „Das System krankt. Der Kapitalismus ist in eine pathologische Phase gekommen...“*

*Also doch!*

*P.S.: Um eine Finanzkrise in der UG zu vermeiden, ersuchen wir die Alternative-LeserInnen, nach Möglichkeit schon jetzt ihr Abo '09 zu bezahlen: AUG-Blz 14000, Kto: 110226775. Danke.*

**IMPRESSUM** Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Die „Alternative“** ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

## Betriebsrats-Wahl bei Victoria IT

**„WIR HABEN KEINEN STARKEN BETRIEBSRAT“**

**D**as hat sich aber Mitte 2007 geändert: als nämlich die Ausgliederung der IT, in der ich tätig bin, in eine eigene Gesellschaft Victoria-IT GmbH per 1. Jänner 2008 kundgetan wurde.

**FRAGEN DRÄNGTEN SICH AUF**

Wie würden unsere bestehenden Verträge (Kollektivvertrag Versicherungsinendienst) in die neue Gesellschaft übernommen werden?

An dieser Stelle danke ich dem „alten“ Betriebsrat und der Gewerkschaft für die Unterstützung bei den raschen Prüfungen der Verträge.

Nur: es gab immer mehr spezielle Fragen: Wer kümmert sich um die Verträge der neuen KollegenInnen (Kollektivvertrag IT)? So haben sich also ein paar Leute in der Freizeit hobbymäßig mit den Themen beschäftigt.

**KONTAKTE**

Ich bin dabei aufgrund meiner privaten Vorgeschichte (Umfeld binationale Partnerschaften) und eines netten Zufalles (eine Einladung zu den Feierlichkeiten „Zehn Jahre unabhängige Gewerkschaften“ Ende 2007) recht rasch mit der AUGÉ/UG in Kontakt gekommen.

Es war bald klar: „Mit der AUGÉ/UG im Rücken kann ich mir vorstellen, Gewerkschaftsarbeit zu machen“. So habe ich das sinngemäß auch im kleinen Kreis bei meinen KollegenInnen kundgetan.

**„MAGST ALS BETRIEBSRAT KANDIDIEREN?“**

Fast wäre die Sache „eigener Betriebsrat in der IT“ wieder eingeschlagen. Aber diverse abenteuerliche Arbeitszeit- und Auslastungspläne haben einige meiner Kollegen Anfang 2008 zur Verzweiflung bzw. Selbstkündigung getrieben. Etwa zu dem Zeitpunkt ist

... habe ich das Management der „Victoria Volksbanken Versicherungs AG“ etwa 2005 sinngemäß sagen gehört. Ehrlich gesagt: damals war mir das ziemlich egal.  
*Von Leopold Wiebogen.*

auch von KollegenInnen und sogar „von oben“ die konkrete Frage an mich herangetragen worden: „Magst als Betriebsrat kandidieren?“

Die Antwort war ja prinzipiell schon klar (siehe weiter oben). Ich habe mir

aber für die Vorbereitung relativ viel Zeit gegeben. Es wurden Vorgespräche mit dem „alten“ Betriebsrat geführt: Eine eigene Liste oder selber wählen war die Frage. Und: welche Leute auf der IT-Liste? Weiters habe ich (in der Freizeit) eine halbtägige Basisschulung bei der AUGÉ/UG genossen und Fritz Schiller hat mich zusätzlich mit allen nötigen Unterlagen und Informationen versorgt.

**ERGEBNIS:**

Am 6. Mai 2008 haben uns von 41 Wahlberechtigten und bei 39 anwesenden KollegInnen (es gab keine Wahlkarten) 37 gültig gewählt. Ein starkes Ergebnis, wie ich meine. Wir sind deswegen natürlich noch kein starker Betriebsrat – aber von uns drei bekennen sich zwei zur AUGÉ/UG. Und damit haben wir glaube ich guten Chancen, einer zu werden :-)



Alternative und Grüne GewerkschafterInnen **UG**

**Betriebsrats-Wahl an der Universität Wien**

Für das allgemeine Universitätspersonal fanden die Wahlen zum Betriebsrat bereits statt. *Von Ernst Eigenbauer.*

Während sich die anderen Universitäten (ausgenommen die BOKU Wien, die bereits im April wählen musste) für den vorgeschlagenen Wahltermin 26. und 27. November entschieden haben, hat die FSG-Mehrheit auf der Uni Wien versucht, durch vorgezogene Wahlen ihre absolute Mehrheit zu sichern.

Dabei hat sie nicht mit diesem Ergebnis gerechnet: die „Unabhängige Vertretung Allgemein Bediensteter“ (UVAB) konnte ihren Mandatsstand von drei auf fünf ausbauen und ist nunmehr zweitstärkste Fraktion.

**Die Zahlen im Detail**

- BR-Team, fsg: 432 Stimmen 8 Mandate (±0)
- Uni-fcg: 199 Stimmen 3 Mandate (-1)
- UVAB: 311 Stimmen 5 Mandate (+2)

Kontakt: Ernst.Eigenbauer@meduniwien.ac.at





**Z** wischen 3. und 5. November fanden im Fonds Soziales Wien und in den ausgegliederten Ges.m.b.H's

- „Wieder Wohnen“,
- „Pflege und Betreuungsdienste“ und
- „Schuldnerberatung“

Betriebsratswahlen und die Wahl von Behindertenvertrauenspersonen statt. In der Schuldnerberatung kandidierte eine überfraktionelle Liste (BLS) unter Beteiligung von drei GPA-Mitgliedern und einem KIV-Aktivisten.

Im FSW und in den beiden anderen Gesellschaften kandidierten jeweils die parteiunabhängige KIV (Konsequente Interessenvertretung) und die FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen).

#### **DIE WAHLEN BESCHERTEN DER KIV EINEN TOLLEN ERFOLG:**

- Mehrheit bei „Wieder Wohnen“ (3:2)
- Mehrheit bei den „Pflege- und Betreuungsdiensten“ (4:2)

#### **Tolle Erfolge bei den Betriebsrats-Wahlen im Fonds Soziales Wien.**

- Mehrheit beim FSW zentral (7:3 )
- Mehrheit bei den Behindertenvertrauenspersonen-Wahlen bei „Wieder Wohnen“
- Mehrheit bei den Behindertenvertrauenspersonen-Wahlen bei den „Pflege- und Betreuungsdiensten“
- Mehrheit bei den Behindertenvertrauenspersonen-Wahlen im Fonds Soziales Wien.

#### **... UND JEDE MENGE ARBEIT**

Auf die neu gewählten Betriebsratskörperschaften wartet jede Menge Arbeit. Das Arbeitsklima ist schlecht. Die Arbeitsbelastung steigt und steigt. Die Personalfuktuation ist enorm. Unterschiedliche Arbeits- und Besoldungsrechte erschweren die

Vertretungsarbeit. Und die Geschäftsleitung packt alles aus, was in der Trickkiste von „New Public Management“ zu finden ist.

#### **FSG: NUTZLOSE MÄTZCHEN**

Der FSG haben diverse Mätzchen nichts genützt. Weder die versuchte Verschleierung ihrer Parteizugehörigkeit (FSG = Für Soziale Gerechtigkeit), noch das Kandidieren von KollegInnen, die nichts von ihrem Glück wussten, und schon gar nicht subtile Drohungen und Einschüchterungsversuche.

#### **FAZIT**

Die KIV, die bereits die Mehrheit in den Jugendämtern und in der MA 40 (früheres Sozialamt) hat, ist damit unangefochten die Nr. 1 in der Vertretung im Sozialbereich der Stadt Wien und seinen Ausgliederungen.

Finanzkrise, Konjunkturerinbruch, drohende Arbeitslosigkeit. Im Zeichen der Wirtschaftskrise finden 2009 die Arbeiterkammerwahlen statt.

Die AUGÉ/UG stellt sich der Wahl. Und: AK-Wahlen verschlafen zählt nicht! Von *Klaudia Paiha*.

## ARBEITERKAMMER-WAHLEN 2009:

# IM ZEICHEN DER KRISE

Von Jänner bis Mai 2009 finden die Arbeiterkammerwahlen statt. An die 3,2 Millionen ArbeitnehmerInnen sind aufgerufen, ihr „ArbeitnehmerInnenparlament“ zu wählen und damit den Kurs ihrer gesetzlichen Interessensvertretung zu bestimmen. 3,2 Millionen Wahlberechtigte – das ist eine „kleine“ Nationalratswahl. Tatsächlich ist die AK-Wahl die viertgrößte Wahl in Österreich. Warum geht sie dennoch an so vielen Wahlberechtigten und an der Öffentlichkeit vorüber? Gerade auch an „kritischen“, linken, an grün-alternativen WählerInnen?

### UNBEKANNTES WESEN ARBEITERKAMMER?

Die Arbeiterkammer hat ausgesprochen hohe Akzeptanzwerte. Keiner öffentlichen Institution in Österreich wird so viel Vertrauen entgegengebracht, wie der AK. Die AK ist in erster Linie für ihre Serviceleistungen bekannt. Es gibt kaum eine ArbeitnehmerIn, die die Leistungen der AK – etwa in arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen – noch nicht in Anspruch genommen hätte. Die AK leistet auch wertvolle Ar-

beit im Bereich des KonsumentInnen-schutzes. AK ist allerdings nicht nur Service – AK ist Politik!

### AK IST POLITIK

Wo sich das bemerkbar macht? Immer und überall, wenn es gilt, Gesetze zu begutachten, Stellungnahmen abzugeben oder Forderungen für uns ArbeitnehmerInnen aufzustellen. In der Sozial-, Umwelt-, Beschäftigungs-, Wirtschaftspolitik und im Arbeitsrecht leistet die AK wertvolle Grundlagenarbeit, die in Gewerkschaften und Parteien hineinwirkt. Kurz: Aufgabe der AK ist es, umfassend die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der ArbeitnehmerInnen – in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – gegenüber Wirtschaftskammer, Regierung, EU-Institutionen und in Sozialpartnergremien zu vertreten.

Zusätzlich entsendet die AK VertreterInnen in die Beiräte des Arbeitsmarktservices, in die Sozialversicherung, LaienrichterInnen in die Arbeits- und Sozialgerichte, betreibt ein eigenes Büro und Lobbying in Brüssel u.v.m.

Die AK ist also eine hoch politische Institution. Aber Politik ist bekanntlich nicht gleich Politik. Wer die Richtung vorgibt, welche Schwerpunkte in der Sozial-, Frauen-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik gesetzt, welche Themen wie gewichtet werden, hängt von den Mehrheitsverhältnissen in der AK ab. Die sind Ergebnis der AK-Wahlen: Wie zu den Nationalratswahlen treten verschiedene politische Listen an, die dann ArbeiterkammerrätInnen in das „ArbeitnehmerInnenparlament“, die Ar-

beiterkammer-Vollversammlung, entsenden. Die gewählten ArbeiterkammerrätInnen legen – nach den Mehrheitsverhältnissen – in den Ausschüssen und über Anträge die politische Richtung fest. Da wie dort – im Nationalrat ebenso wie in der AK-Vollversammlung – entscheidet das Wahlergebnis über die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit der nächsten Jahre.

### DARUM WÄHLEN

Warum kritische, linke und grün-alternative ArbeitnehmerInnen unbedingt zur AK-Wahlen gehen sollten: Trotz hoher Akzeptanzwerte der AK in der Bevölkerung und bei den ArbeitnehmerInnen hält sich das Interesse an den Arbeiterkammerwahlen deutlich in Grenzen. Die Wahlbeteiligung ist – angesichts des allgemeinen politischen Trends – nicht katastrophal, mit knapp über 40 Prozent allerdings dennoch relativ niedrig.

Erstaunlich ist z.B., dass sich gerade bei GrünwählerInnen – die übrigens besonders hohe Akzeptanzwerte für die AK aufweisen – und kritischen, in der NGO-Szene aktiven Menschen die Mobilisierung zu AK-Wahlen schwierig gestaltet. Ein Grund ist sicher, dass weitgehend unbekannt ist, dass die AK (auch) ein politisches Gremium ist, das sich aufgrund demokratischer Wahlen zusammensetzt – und durch die mangelnde Präsenz von Arbeiterkammerwahlen in den Medien auch weitgehend unbekannt bleibt. Ein anderer Grund liegt wohl darin, dass die AK-Wahlen offensichtlich in ihrer Bedeutung unterschätzt werden, die Arbeiter-



**AUGÉ**

**KLAUDIA PAIHA**  
IST BUNDESPRECHERIN  
DER AUGÉ/UG UND  
MITGLIED DES  
KOORDINATIONS-  
AUSSCHUSSES DER UG.

---

## Wahltermine 2009



kammer nicht als zentraler politischer Player wahrgenommen wird. Oder nicht als jener Ort, wo die Vertretung ihrer Interessen und Anliegen – auch – stattfinden kann.

---

### EIN SCHWERER FEHLER:

Denn gerade ökologisch interessierte und fortschrittlich denkende ArbeitnehmerInnen sollten – angesichts der wichtigen gesellschaftlichen Bedeutung der AK – dieser Wahl ein besonderes Augenmerk widmen. Als Negativbeispiel der politischen Rolle der Arbeiterkammer sei die Energiepolitik erwähnt: So war etwa die Arbeiterkammer gemeinsam mit Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung federführend beim „Abwürgen“ eines zukunftsweisenden Ökostromgesetzes. Einzig die AUGÉ/UG in der AK, die dagegen Sturm lief. Und auch wenn sich die Ignoranz der Arbeiterkammer gegenüber ökologischen Fragen – die ja in Wirklichkeit auch verteilungspolitische Fragen sind – inzwischen gelegt hat: Klimaschutz – gerade auch aus einer beschäftigungspolitischen Perspektive – nimmt nach wie vor nicht die Rolle ein, die ihm zusteht.

Manchen emanzipatorischen Positionen konnten wir allerdings zum Durchbruch verhelfen: Wenn es um die Frage des passiven Wahlrechts von MigrantInnen zu Betriebsrat und AK, oder um die Einbeziehung atypisch und/oder prekär Beschäftigter in den Vertretungsbereich der AK ging, war es die

AUGÉ/UG bzw. ihre Vorarlberger Liste „Gemeinsam“, die das – erfolgreich – einforderte und letztlich durchsetzen konnte. Wenn auch – wie beim passiven Wahlrecht für MigrantInnen – der Weg zum Europäischen Gerichtshof beschritten werden musste. Und es waren wir, die die bedarfsorientierte Grundsicherung in der AK salonfähig machten.

An alle linken, grün-Alternativen und kritischen Geister: AUGÉ/UG wählen nicht vergessen!

---

### DIE WIRTSCHAFTSKRISE

... hat inzwischen mit voller Wucht Österreich erreicht. Mit negativen Folgen für die Beschäftigten – denn der Arbeitsdruck wird ebenso steigen, wie die Arbeitslosigkeit. Auch wenn das neoliberale Lügengebäude, wonach der freie Markt alles am Besten regelt, spektakulär eingestürzt ist: Wohin die Reise geht, wird davon abhängen, welche Interessen sich durchsetzen. Ein historisches Fenster für eine soziale, ökologische und demokratische Wende in Wirtschaft und Gesellschaft hat sich geöffnet. Für diese Wende braucht es allerdings mächtig Druck auf politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger – von Seiten der Zivilgesellschaft, besonders jedoch von Seiten der Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Konfliktfrei wird das nicht abgehen. Entsprechend ist jetzt eine aktive, offensive, unabhängige und regierungskritische AK wichtiger denn je: eine AK, die zukunftsorientierte emanzipatori-

sche, sozial und ökologisch ausgerichtete ArbeitnehmerInnenpolitik macht. Entsprechend wichtig ist es, die fortschrittlichen, ökologisch orientierten Kräfte in der AK zu stärken. Wahlnörranz zählt nicht. Verschwitzen auch nicht. Die Arbeiterkammer ist per Gesetz auch die Interessensvertretung linker, grün-alternativer und kritischer ArbeitnehmerInnen. Hier kann – im Gegensatz zu den meisten Gewerkschaften – direkt gewählt werden. Und nachdem AK und ÖGB eng kooperieren hat der Ausgang der AK-Wahlen natürlich auch Auswirkungen auf die Politik der Gewerkschaften.

---

### AUGÉ/UG UND ARBEITERKAMMER

Wir Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGÉ/UG) stehen jedenfalls für diese zukunftsorientierte emanzipatorische, sozial und ökologisch ausgerichtete ArbeitnehmerInnenpolitik. Wir machen Druck in der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften. Wir sorgen für Bewegung. Darum, liebe Linke, Grün-Alternative und kritische Geister: AK-Wahlen nicht verschlafen und AUGÉ/UG wählen! Denn die AK und die Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen ist einfach zu wichtig, um sie nur „den Anderen“ zu überlassen.

---

AK-Wahl Vorarlberg:

# GEMEINSAM FÜR SOLIDARITÄT STATT NEOLIBERALISMUS

**D**ie Weltwirtschaftskrise hat auch Österreich erreicht. Die Folgen zeichnen sich bereits ab: Kurzarbeit in Teilen der Automobilindustrie, drohende Kündigungswellen bei Post und Telekom – mit steigender Arbeitslosigkeit steigt die Angst um den Arbeitsplatz bei jenen, die noch einen haben. Mit steigender Arbeitslosigkeit wächst die Gefahr der Verarmung.

Das neoliberale Versprechen, wonach eine Liberalisierung der Märkte sowie die Privatisierung öffentlicher Betriebe große Vorteile und Wohlstand für KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen und die Gesellschaft bringen würde, hat sich in Luft aufgelöst. Die neoliberale Weltordnung ist schwer erschüttert. Wir haben diesen Versprechen nie geglaubt. Wir haben stets vor diesen Entwicklungen gewarnt.

Was der Neoliberalismus tatsächlich gebracht hat, war eine spektakuläre Umverteilung von unten nach oben. Von der ArbeitnehmerInnen hin zu den VermögensbesitzerInnen und den Unternehmen. Und auch die Privatisierungswellen waren nichts anderes als eine derartige Umverteilung. Nicht die öffentlichen Dienste sind gescheitert, sondern die Privatisierung derselben. Was nun? Diese Frage kann nur mit den bewährten Modellen des demokratischen und sozialen Wohlfahrtsstaates mit einem starken öffentlichen Sektor und starken öffentlichen Sicherungssystemen beantwortet werden. Gerade in Zeiten der Krise braucht es eine Sicherung gegen Armut, braucht es soziale Transferleistungen, die auch im Falle von Arbeitslosigkeit ein Leben ohne Existenzängste zulassen, braucht es staatliche Investitionen in den Klimaschutz, in Bildung und in die sozialen Dienste, um die Konjunktur anzukurbeln, Beschäftigung zu sichern und den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Eine solidarische Gesellschaft ist stabiler und produktiver als eine Gesellschaft, in der nur Wettbewerb und Eigennutz zählen.

**Wir wollen uns weiter unter anderem für Umverteilung von oben nach unten einsetzen. Liste 5: GEMEINSAM – Grüne und Unabhängige. Von Haydar Aydemir.**



Dieses letztgenannte Gesellschaftsbild ist gerade spektakulär gescheitert und hat seine Untauglichkeit bewiesen.

Die Arbeiterkammerwahlen stehen auch in Vorarlberg unter den Vorzeichen der Krise. Die Arbeiterkammerwahlen sind eine Gelegenheit, jene Gruppen in den Arbeiterkammern und den Gewerkschaften zu stärken, die für eine solidarische Gesellschaft gleichberechtigter Menschen, für eine sozial und ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik und mehr Demokratie in der Arbeitswelt kämpfen.

GEMEINSAM – die Vorarlberger Gruppe der AUGÉ/UG – kandidiert auch dieses mal wieder zu den AK-Wahlen 2009. Mit unserer Kandidatur wollen wir uns auch die nächsten Jahre für Umverteilung von oben nach unten, für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und in

der Gesellschaft, für gleiche Rechte von MigrantInnen, für eine soziale Grundsicherung und für einen Mindestlohn, der diesen Namen auch verdient, einsetzen.

Seit 1994 ist GEMEINSAM in der Arbeiterkammer-Vollversammlung vertreten und kämpft konsequent auch für Deine Rechte. 2004 haben wir auf dem Rechtsweg das passive AK-Wahlrecht für alle ArbeitnehmerInnen unabhängig von Herkunft und Staatsbürgerschaft, erkämpft. Das war unser wichtigster Erfolg!

Dem Anspruch, die Interessen aller ArbeitnehmerInnen zu vertreten, kann die Arbeiterkammer nur gerecht werden, wenn es dort eine lebendige demokrati-

sche Kultur gibt, wenn alle Gruppen gleichermaßen vertreten sind und die selben Mitspracherechte haben.

GEMEINSAM sind wir stärker. Je stärker wir werden, desto größer sind die Chancen, dass unsere Anliegen Gehör finden. GEMEINSAM wollen wir für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ein Wirtschaftssystem kämpfen, das sich den Prinzipien der Solidarität und ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet fühlt.

Wir suchen MitstreiterInnen und UnterstützerInnen – Du bist herzlich dazu eingeladen!

---

Haydar Aydemir ist Vorsitzender der Fraktion GEMEINSAM und Vorstandsmitglied der AK-Vorarlberg.

AK-Wahl Salzburg:

## VIERTES MANDAT ALS ZIEL

**E**ine Steigerung von drei auf vier Mandate in der Vollversammlung sowie ein Mandat im Vorstand. Das ist laut Spitzenkandidat Robert Müllner das erklärte Wahlziel der AUGE/UG bei den AK-Wahlen vom 26. Jänner bis 6. Februar 2009 in Salzburg. Auf der AUGE/UG-Liste sind mehrheitlich Frauen vertreten, 14 KandidatInnen haben einen migrantischen Hintergrund.

### Mehr als siebzig KandidatInnen auf der Liste für die Arbeiterkammer-Wahl – davon mehrheitlich Frauen.

und Haftentlassene – den Küchenbetrieb aufrecht zu erhalten, war die AUGE maßgeblich an einer Lösung beteiligt. Schon zuvor wurde nach einem

gInnen ein. Ebenso wichtig war es dem Salzburger AUGE/UG-Team, dass auf der Liste freie ArbeitnehmerInnen und auch ArbeitnehmerInnen aus Kleinbetrieben vertreten sind, die bisher nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Insgesamt sind Frauen auf der KandidatInnen-Liste der AUGE/UG in der Mehrheit. Auf dem sicheren 2. Listenplatz kandidiert Ingrid Schläffer, Betriebsrätin und Objektleiterin in den Landeskrankenhäusern. Mit der Intensivkrankenschwester Daniela Aigner auf dem vierten Listenplatz kandidiert eine weitere Frau an wählbarer Stelle. „Es ist kein Zufall, dass wiederum zwei AUGE-Kandidatinnen aus Salzburgs größtem Betrieb, den Landeskrankenhäusern, kommen“, sagt Robert Müllner. „Wir hatten hier zuletzt mit Jutta Tischler und Liselotte Kaiser zwei besonders starke Frauen im Betriebsrat. Dass sie nicht mehr zur Verfügung stehen, ist sehr schade. Man muss in erster Linie ihre großartigen Leistungen sehen und ihr jahrelanges Engagement unter schwierigsten Bedingungen würdigen.“ In den Landeskrankenhäusern sorgen nun die altbewährten AUGE-Mitstreiter Alexander Kern und Wolfgang Pogadl für Kontinuität.

Die Interessen von MigrantInnen sind mit dem gebürtigen Türken und Kraftfahrer Ümit Kale gewahrt, der auf dem 3. Listenplatz kandidiert. Ümit Kales Motivation zu kandidieren? „Robert Müllner hat mir einmal gesagt, er können es zwar versuchen, die Situation von MigrantInnen zu verstehen, aber es sei hundertmal besser, wenn wir unsere Situation selber erklären und uns engagieren. Robert und das Programm der AUGE/UG haben mich überzeugt. Deshalb bin ich dabei.“



„Wir haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass man auch als kleine Fraktion den Kurs der AK maßgeblich mitbestimmen kann“, verspricht Spitzenkandidat Robert Müllner Optimismus. „Von 85 Anträgen, die wir in der Vollversammlung eingebracht haben, wurden weit über 80 Prozent angenommen. Weil uns gute Sachpolitik wichtig ist, arbeiten wir mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zusammen, denen wir unser Mandat in der AK als Sprachrohr anbieten.“ Als Beispiel dafür nennt Müllner den erfolgten Schulterschluss zwischen Arbeiterkammer und NGOs im Rahmen des Treffens der Alternativnobelpreisträger in Salzburg. „Dass sich die AK für ein solches Thema engagiert, wäre ohne unsere Initiative undenkbar gewesen.“

Auch als es darum ging, im Saftladen – einer Tagesstätte für Obdachlose

AUGE-Antrag in der Vollversammlung in einer aufwändigen Studie erhoben, dass in Salzburgs Sozialvereinen infolge des politischen Drucks von oben ein Klima herrscht, das in der Studie mit Begriffen wie „BittstellerInnenstatus“ und „Speichelleckerei“ schonungslos aufgezeigt wurde. Den Umgang mit den SozialarbeiterInnen suggerierte schon der Titel der Studie: „Zuckerbrot und Peitsche“. Dass diese aufrüttelnde Untersuchung der Öffentlichkeit dann von der Salzburger AK-Spitze als Studie über die „Zukunft der Sozialberufe“ verkauft wurde, steht freilich auf einem anderen Blatt.

In die kommende AK-Wahl geht die AUGE/UG Salzburg mit einer Liste von nicht weniger als 71 KandidatInnen. Die meisten von ihnen setzen sich schon viele Jahre als BetriebsrätInnen wirksam für die Interessen ihrer Kolle-

## AK-Anträge aus der Steiermark

### Neues Regulierungsregime der österreichischen Finanz- und Kapitalmärkte

Wenn SteuerzahlerInnen mit Milliarden für die katastrophalen Fehler der Banken haften sollen, erwarten sie Mitsprache und volle Gegenleistungen.

Gefordert wird, dass von Banken bei Inanspruchnahme des Rettungsschirms höchstmögliche Sicherheiten für die SteuerzahlerInnen verlangt werden:

- volle Transparenz,
- eine angemessene Beteiligung der öffentlichen Hand an künftigen Gewinnen
- höchstmöglicher Einfluss auf die Geschäftspolitik durch die öffentliche Hand
- entsprechende Konsequenzen für das Management (hinsichtlich Einkommen und Haftung)

### Anhebung der Sozialtransfers und automatische Indexierung sämtlicher Sozialleistungen

Eine gezielte Erhöhung von Sozialleistungen erhält im marktwirtschaftlichen Sinn die Kaufkraft, ist aber auch für Viele die einzige Möglichkeit, dem Abrutschen in die Armut zu entkommen.

Gefordert wird die Anhebung der Sozialtransfers und im Weiteren die automatische Indexierung sämtlicher Sozialleistungen als vorrangiges Projekt der neuen Bundesregierung.

### Gezielte Unterstützung einer starken heimischen Öko-Industriebranche

Die Öko-Industrie erwirtschaftet in Österreich schon heute einen Umsatz von knapp 6 Milliarden Euro, zwei Drittel davon im Export, und beschäftigt über 22.000 Menschen. Österreich ist in Technologien wie Abfallwirtschaft, Abwasserreinigung, Altlastensanierung, Solarenergie oder Technologien zur Luftreinhaltung teilweise weltweit führend.

Gefordert wird, diesen Markt durch gezielte Programme, Projekte und Rahmenbedingungen zu stärken, damit Österreich als weltweit aktive Umwelttechnik-Region positioniert werden kann. Damit können umweltgerechtes Wirtschaftswachstum, die Schaffung Zehntausender Arbeitsplätze, das Erreichen der Klimaschutzziele und die Entlastung des Budgets sinnvoll verbunden werden

### Massnahmenpaket für KreditnehmerInnen – Einrichtung eines KreditnehmerInnenhilfsfonds

Weitgehend ausgeblendet blieb in der bisherigen Debatte rund um die Stabilisierung der Finanzmärkte die Situation der KreditnehmerInnen, insbesondere der privaten Haushalte. Ähnlich gravierend wie der Vertrauensverlust der SparerInnen für die Finanzmarktstabilität, sind die Auswirkungen auf KreditnehmerInnen, weil aufgrund der verschärften wirtschaftlichen Lage das plötzliche Fälligstellen von Krediten droht.



Gefordert wird ein Maßnahmenpaket für KreditnehmerInnen, um soziale Härten, die im Zuge der Finanzmarktkrise für KreditnehmerInnen entstehen können, abzufedern.

### Finanzielle Absicherung der Krankenkasse

Mehrere österreichische Gebietskrankenkassen sind in einer ökonomisch prekären Lage, die in den nächsten Monaten zu einer Einschränkung ihrer Zahlungsfähigkeit und damit zu wesentlichen Verschlechterungen für die Versicherten führen kann. Es ist daher dafür Sorge zu tragen, dass die Krankenkassen wirklich jene Mittel erhalten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig sind.

Gefordert wird die nachhaltige finanzielle Absicherung der gesetzlichen Krankenkassen, mit der diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Interesse der Versicherten zu erfüllen.

### Geförderter Tausch von Ölöfen zur Sozial- und Klimaentlastung

Öl-Einzelöfen sind vor allem in Haushalten mit niedrigen Einkommen in Betrieb. Der Tausch eines Öl-Einzelofens gegen einen Pelletskaminofen senkt die Heizkosten für einen Haushalt mit einem Schlag um 600 Euro pro Jahr, also um mehr als die Hälfte. Bisher gab es für den Tausch von Einzelöfen in der Steiermark keine Förderung, im Gegensatz zu Niederösterreich, wo der Tausch gefördert wird.

Gefordert wird ein Förderprogramm zum „Gratiskesseltausch“ für Einzelöfen, damit nicht nur bei Häuslbauern sondern auch in Mietwohnungen ein Beitrag zur Klima- und Sozialentlastung geschaffen werden kann.

### Erweiterung der Kontrollrechte von Betriebsratskörperschaften

Betriebsratskörperschaften sind zunehmend damit konfrontiert, dass sie die Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Normen für einen Teil der Beschäftigten nicht mehr überprüfen können. Dies trifft atypische Beschäftigungsverhältnisse, freie DienstnehmerInnen und Werkvertragsnehmende, aber auch in- und ausländische Beschäftigte, die über Leiharbeits-, Sub- oder Tochterfirmen im Betrieb beschäftigt sind.

Gefordert werden u. a. mehr und verbindliche Rechte für europäische Betriebsräte bei der Unterrichtung und Anhörung durch das Unternehmen, wie auch Klagsrecht für Euro-BetriebsrätInnen und wirksame Sanktionen gegen Unternehmen, die ihre Pflichten gegenüber europäischen Betriebsratskörperschaften verletzen.

Wien: Antrag der AUGÉ/UG

## Maßnahmenpaket für KreditnehmerInnen – Einrichtung eines KreditnehmerInnenhilfsfonds

Im Vordergrund der Maßnahmen zur Überwindung der Finanzmarkt- bzw. Bankenkrise in Österreich steht derzeit die Wiederherstellung des Vertrauens der SparerInnen in das Bankensystem bzw. die Lösung der Liquiditätsprobleme innerhalb des Bankensystems. Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Bereitstellung der notwendigen Liquidität für den Finanzsektor wurden von der Bundesregierung bereits getroffen (Sicherung von Einlagen natürlicher Personen in voller Höhe, Einrichtung einer „Clearingstelle“, um den Interbankmarkt wieder zu beleben, Maßnahmen zur Eigenkapital-Stärkung für Banken).

Weitgehend ausgeblendet blieb in der bisherigen Debatte rund um die Stabilisierung der Finanzmärkte die Situation der KreditnehmerInnen, insbesondere der privaten Haushalte. Ähnlich gravierend wie der Vertrauensverlust der SparerInnen für die Finanzmarktstabilität, sind nämlich die Auswirkungen auf KreditnehmerInnen: einerseits, weil aufgrund der verschärften wirtschaftlichen Lage das plötzliche Fälligstellen von Krediten droht. Andererseits, weil die Bereitschaft, Kredite zu vergeben, deutlich zurückgeht. KreditnehmerInnen kommen doppelt unter Druck, da aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs das Arbeitsplatz- und dadurch das Einkommensrisiko steigt, gleichzeitig Kredite fällig werden können bzw. saftige Nachschussforderungen drohen.

Ein besonderes Problem stellen dabei Fremdwährungskreditverträge dar, die so konstruiert sind, dass ein Tilgungsträger den endfälligen Kredit bedient. Diese Kredite haben eine große Bedeutung, wie auch die Österreichische Nationalbank feststellt. So liegt das Volumen von Fremdwährungskrediten bei „über 50 Milliarden Euro. Der Fremdwährungsanteil an der Gesamtkreditvergabe an inländische Nicht-Banken beträgt rund 20 Prozent, während in den anderen Ländern der EU-15 Werte unter 5 Prozent die Regel sind. Besonders stark sind Fremdwährungskredite bei den privaten Haushalten verbreitet, wo bereits ein Drittel aller ausständigen Forderungen auf eine ausländische Währung lautet.“ (Österreichische Nationalbank)

Da Tilgungsträger oft Fonds sind, deren Wert von der Entwicklung des Wertpapiermarktes abhängt, kann die bestehende Finanz- und Wirtschaftskrise für die KreditnehmerInnen ein ernsthaftes Problem darstellen. Zusätzlich enthalten viele Kreditverträge Klauseln, wonach bei Änderung der wirtschaftlichen Situation zusätzliche Sicherheiten vom Kreditnehmer/von der Kreditnehmerin zu leisten sind, wozu diese allerdings aufgrund der angespannten finanziellen und wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage sind. Insbesondere KreditnehmerInnen, deren endfällige Begleichung des Kredits durch einen Tilgungsträger unmittelbar bevorsteht, drohen angesichts der katastrophalen Entwicklung an den Finanzmärkten hohe Nachschussforderungen.

Während Milliarden Euro als staatliche Sicherungszusagen für die Banken beschlossen sind – unabhängig davon inwiefern Geschäftstätigkeit, Managementfehler etc. für die bestehende Krise verantwortlich sind – gibt es derartige Garantien



für KreditnehmerInnen nicht. Diese erscheinen allerdings dringend geboten, um Zwangsversteigerungen, Privatkonkurse und damit verbundene existenzielle und finanzielle Härten für private Haushalte zu mindern. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass der Immobilienmarkt in Österreich durch tausende zwangsversteigerte Immobilien einen massiven Einbruch erleidet und dadurch auch lastfreie Immobilien betroffen sein werden. Aussergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen.

Die Arbeiterkammer fordert ein Maßnahmenpaket für KreditnehmerInnen, um Auswirkungen der Finanzmarktkrise, die für KreditnehmerInnen entstehen, abzufedern. Ein entsprechendes Massnahmenpaket sollte folgende Punkte umfassen:

- Dreijähriges Moratorium: Banken müssen für die vorzeitige Fälligestellung von Krediten und die Einforderung von zusätzlichen Sicherheiten für Kredite zur Finanzierung von Wohnraum für den eigenen Bedarf bis zu einer ursprünglichen Kreditsumme von zweihunderttausend Euro ein dreijähriges Moratorium einhalten.
- Sicherstellung von neuen und leistbaren Krediten: Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Kredite an Privatpersonen für den Eigenbedarf zu fairen und transparenten Bedingungen (z.B. klare Kriterien für Kreditvergabe, fixe Verzinsung, umfassende Risikoberatung, Um- und Ausstiegsmöglichkeiten, durchschaubare Kreditverträge, keine Bürgschaften durch EhepartnerInnen) für die nächsten drei Jahre bereit gestellt werden. Keine neuen Fremdwährungskredite!
- Einrichtung eines öffentlich verwalteten KreditnehmerInnenhilfsfonds: Auf Basis der von Banken vergebenen Kreditsumme sind Beiträge (z. B. ein Prozent der Kreditsumme im betreffenden Segment) einzuheben, aus denen der Fonds gespeist wird. Der Fonds übernimmt die Ausfallhaftung für KreditnehmerInnen bis zu einem Rahmen von 150.000 Euro, die unverschuldet aufgrund der Entwicklung im Rahmen der Finanzkrise nicht in der Lage sind, ihre Kredite zu bedienen. Aus dem KreditnehmerInnenhilfsfonds werden weiters Gelder für die Einrichtungen der SchuldnerInnenberatung freigegeben, damit diese ihren Personalnotstand beheben und bei Umschuldungsmaßnahmen unterstützen und beraten kann. Die Beitragspflicht verringert sich um den Wert der Moratorien im entsprechenden Segment, welche die Bank von sich aus gewährt.

Wir brauchen LehrerInnen, die uns verstehen.  
Ein Auszug aus dem „Kreidekreis“, Zeitung der *Österreichische LehrerInneninitiative*.

# BAUSTELLE SCHULREFORM

Unsere SchülerInnen brauchen kleinere Klassen, 25 + Individualisierung, Förderung und Hilfe, Integration, ganztägige Gesamtschulen, die Schulen als weltoffenen, kinder- und menschenfreundlichen Lern- und Lebensraum.

Seit einem Jahren werden Klassen und Lerngruppen (derzeit 1.+2. Klassen VS, HS, AHS, Poly und Gruppen in 1. Klasse ORG+BMHS) kleiner und schon stellt sich heraus, dass LehrerInnen fehlen und zu wenig LehrerInnen von Uni und PH nachrücken.

## SCHULREFORM

... braucht LehrerInnen, die nicht nur in Wien schon heuer fehlen. Nach einem Jahrzehnt der Einsparungen, der Stundenkürzungen, überfüllter Klassen, wachsender sozialer und individueller Probleme, verbunden mit dem Desinteresse der damals zuständigen Ministerin („Ich habe ein Budget zu sanieren und damit basta!“) und geringer gesellschaftlicher Anerkennung der LehrerInnen-Arbeit – kein Wunder. Dazu kommen altersbedingte Pensionierungen und wenig Zuwachs aus Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.

## INTEGRATION

... braucht LehrerInnen mit Migrationshintergrund, mit Serbisch, Kroatisch, Türkisch, Polnisch oder Slowakisch als Muttersprache.

## MASSNAHMEN

ÖLI/UG sind im Unterricht, in Gewerkschaft und Personalvertretung en-



Quelle: Kreidekreis Nr. 6/2008,  
[www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at).

gagierte LehrerInnen aus APS, AHS und BMHS. Wir schlagen der sich bildenden Bundesregierung folgende Maßnahmen vor:

- **Baustelle Schulversuche zur „neuen Mittelschule“ ...**  
Die im September 2008 begonnenen Schulversuche im Zusammenwirken von APS, AHS und BMHS-Standorten intensivieren und ausweiten.
- **Baustelle LehrerInnenausbildung ...**  
Universitätsausbildung auf Master-Niveau für alle LehrerInnen – Volksschule, Sekundarstufe I und II, Integration der Pädagogischen Hochschulen und der LehrerInnenweiterbildung in die Universitäten auf den Weg bringen.

- **Baustelle KlassenschülerInnenhöchstzahl 25, Integration ...**  
Raumangebot und Ausstattung den kleineren (und daher mehr) Klassen anpassen, und praxisorientierten Fachunterricht räumlich möglich machen, den Erfordernissen eines schülerInnen- und lehrerInnenfreundlichen Arbeits- und Lebensraumes gerecht werden.
- **Baustelle LehrerInnenmangel ...**  
Werbung für das Lehramtsstudium unter OberstufenschülerInnen, auch und besonders unter Jugendlichen mit



Migrationshintergrund – LehrerIn zu einem Beruf mit Zukunft machen, zu einem der Freude macht, weil Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung gesellschaftliche Wertschätzung klar erkennen lassen.

• **Baustelle „teilzentrale“**

**Matura-Reform ...**

Fachbereichsarbeit, schriftliche und mündliche Matura weiter als Einheit, keine Entwertung der mündlichen Leistungen; Standard-Orientierung und Bildungsauftrag verbinden; Vergleichbarkeit, schulautonome und individuelle Schwerpunktsetzungen sicherstellen.

• **Großbaustelle Bildungsbudget**

Bildung kostet. Soziale Steuerreform 2009 oder 2010, Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, Sichern des Sozial- und Bildungswesens durch Umverteilung, durch: Spekulations-, Gewinn- und Besitzsteuern. Die Finanzkrise hat gezeigt, wie Steuergelder umverteilt werden können. Das geht auch von oben nach unten.

• **Baustelle Dienstrecht, Besoldungsrecht ...**

Ein gemeinsames öffentliches Dienst- und Besoldungsrecht für alle LehrerInnen, Einrechnung von Klassenvorstands-, Kustodiats-, Beratungs-, Koordinations-, Schulentwicklungsarbeit und Supervision in die Lehrverpflichtung – deutliche Anhebung der Einstiegsgehälter, entsprechend den Anforderungen und der künftigen „Universitätsausbildung für alle“, mit Gewerkschaft und Personalvertretung ausverhandeln.



### 3. Internationales Dallinger-Symposium

AK-Wien, 6. und 7. November 2008

## Auf dem Weg zur gemeinsamen Schule

An die Nationalratsabgeordneten von SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ und Grünen und die RegierungsverhandlerInnen der SPÖ und ÖVP (z.H. Werner Faymann und Josef Pröll)

Die TeilnehmerInnen des 3. Dallinger-Symposiums haben sich zwei Tage lang intensiv mit Zustand der österreichischen Schulen der 6–15-Jährigen auseinandergesetzt – aus der Sicht betroffener ArbeitnehmerInnen, Eltern, LehrerInnen, BildungswissenschaftlerInnen – ExpertInnen mit unterschiedlichen Zugängen und Erfahrungen.

Die TeilnehmerInnen haben mit großer Mehrheit der folgenden Resolution zugestimmt.

Die Analyse des Ist-Zustandes – Selektionsdruck in den Volksschulen, jahrelang eingesparte und in der vergangenen kurzen Legislaturperiode wieder aufgenommene, ungenügend budgetierte Reformansätze, das Nebeneinander von Pflichtschule und AHS, die fehlende gemeinsame Universitätsausbildung aller LehrerInnen waren Themen von Referaten, Diskussionen und Arbeitsgruppen. Der Befund ist nicht neu, aber eindeutig: Österreichs differenziertes Schulsystem verstärkt soziales Unrecht, Herkunft entscheidet über Bildungs- und Lebenschancen.

Die große Mehrheit der TeilnehmerInnen des 3. Internationalen Dallinger-Symposiums fordern Sie auf, in der eben begonnenen Legislaturperiode und bei den laufenden Regierungsverhandlungen folgende sozial- und schulpolitische Notwendigkeiten wahrzunehmen und politische, auch budgetpolitische Grundlagen zu schaffen, die den sozialen Veränderungen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten und individuellen Bedürfnissen der heranwachsenden Generationen gerecht werden:

- Klare politische Grundsatzentscheidung für eine gemeinsame Schule der 6 bis 15-Jährigen, Partei- und Standespolitik zurücknehmen. Es geht um die Kinder und nicht um Ideologien!
- Schulversuche zur neuen Mittelschule ausweiten, Übergang zur flächendeckenden gemeinsamen Schule vorbereiten
- Klare politische Grundsatzentscheidung für eine gemeinsame Universitätsausbildung und Weiterbildung (Master) für alle pädagogischen Berufe (LehrerInnen, KindergartenpädagogInnen ...)
- Klare politische Grundsatzentscheidung für ein gemeinsames öffentliches Dienstrecht und für eine Schulverwaltungsreform, deren Einsparungspotential der Arbeit an den Schulen zugute kommt
- Gratiskindergarten und ganztägige Schulformen für alle Kinder
- Großzügige Schulbaumaßnahmen, die kinderfreundliche, weltoffene Rahmenbedingungen fürs gemeinsames Lernen und Zusammenleben schaffen
- Unterstützungsteams an alle Schulen (SozialarbeiterInnen, SonderpädagogInnen, PsychologInnen ...)
- Klare politische Grundsatzentscheidung für die nachhaltige Bereitstellung der Budgetmittel, die eine gemeinsame Schule mit einer solidarischen und alle Begabungen aller Kinder und Jugendlichen fördernden Lernkultur braucht.

**Im Sinn Alfred Dallingers: Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Kein Kind, kein Mensch darf zurückgelassen und abgeschoben werden. Für die lebendige Vielfalt, für das Miteinander in einer gemeinsamen Schule!**

Von  
Fritz Schiller



**Rückwirkend ab 1. November werden für eine** Laufzeit von 12 Monaten die kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter der untersten drei Gehaltsgruppen (A bis C) um 3,9 Prozent, alle Gruppen darüber um 3,8 Prozent erhöht.

Die Ist-Gehälter werden im gleichen Ausmaß erhöht. Zusätzlich dazu wurden Einmalzahlung vereinbart. Diese werden dann ausbezahlt, wenn das einzelne Unternehmen ein (von ei-

Nimmt man für 2009 eine Erhöhung der Verbraucherpreise von 2,2 Prozent (Wifo-Schätzung Oktober 2008) und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1,3 Prozent (EU-Kommission-Schätzung) an, so ergibt sich ein verteilungsneutraler Spielraum von 3,5 Prozent.

Eine Erhöhung der Metaller-Löhne und Gehälter dürfte, vorausgesetzt die Realität Ende 2009 hält sich an die Prognosen, zu einer geringfügig positiven Verteilungsbilanz von 0,2 Prozent führen. Die Reallöhne, also die Nominallohne abzüglich der Inflationsrate, dürften für 2009 ebenfalls mit 2,0 Prozent sehr positiv im Vergleich zu den Vorjahren ausfallen.

Ein kleiner Wermutstropfen sind die Einmalzahlungen. Sie sind ein sog. flexibler Gehaltsbestandteil, der von Unternehmerseite immer gefordert und seit wenigen Jahren von Gewerkschaftsseite akzeptiert werden. Sie stellen ein Einfallstor zu einer immer grösseren Flexibilisierung der Löhne und Gehälter dar. Es ist zu beobachten, dass der flexible Anteil am Entgelt immer grösser wird, was bedeutet, dass die ArbeitnehmerInnen neben dem Arbeitsplatzrisiko auch einem Lohn- und Gehaltsrisiko ausgesetzt sind.

Der diesjährige Metallerabschluss dürfte ein guter Abschluss werden. Er gilt auch als wegweisend für die anderen nachfolgenden Branchen. Leider ist es in der Vergangenheit den wenigsten Wirtschaftssektoren gelungen, ein ähnliches Ergebnis zu erzielen.

## DER METALLERABSCHLUSS FÜR 2009

**Am Donnerstag, den 6. November, um 0:30 früh schlossen die Verhandlungsteams der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) und der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) mit den Vertretern der Arbeitgeberseite für die ArbeitnehmerInnen der Branchen Metall/Bergwerke & Gas/Wärme einen durchaus achtbaren/herzeigbaren Kollektivvertrag ab.**

nem Wirtschaftsprüfer testiertes) EBIT (Ertrag vor Zinsen und Steuern) von zumindest 0,1 Prozent aufweist, darunter wird nichts ausgezahlt. Zwischen einem EBIT von 0,1 und 4,0 Prozent bekommt die ArbeitnehmerIn eine Einmalzahlung von 100 Euro. Bei einem EBIT zwischen 4,1 und 8 Prozent werden 200 Euro ausbezahlt, bei einem EBIT über 8 Prozent 250 Euro.

Insgesamt soll das eine Erhöhung zwischen 4,2 und 4,5 Prozent ergeben. Im letzten Jahr sollen mehr als 85 Prozent der ArbeitnehmerInnen eine Einmalzahlung erhalten haben. Die Lehrlingsentschädigungen werden ebenfalls um 3,8 Prozent erhöht.

---

**FRITZ SCHILLER**  
IST ÖKONOM, BETRIEBSRATSVORSITZENDER UND AUGÉ/UG-VERTRETER IM BUNDESVORSTAND DER GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN.

Von  
Vera Koller



Die Anstellung als echte Dienstnehmer wird dabei häufig wie eine Belohnung vergeben. Oft endet dies damit, dass besagte Menschen sehr froh darüber sind, überhaupt eine Beschäftigung zu erhalten und daher in den seltensten Fall der Fälle darüber nachdenken, ob alles seine Ordnung hat

Entgegen dieser Ansicht, kann man sich die Art des Beschäftigungsverhältnisses nicht nach Lust und Laune aussuchen, sondern es bestehen im Großen und Ganzen eindeutige gesetzliche Regelungen, beziehungsweise Judikatur, wann ein Beschäftigungsverhältnis als Werkvertrag, als freies Dienstverhältnis oder eben als echtes Dienstverhältnis zu qualifizieren ist.

## WERKVERTRAG ODER ECHTES DIENSTVERHÄLTNIS

**Es gibt tatsächlich Arbeitgeber, die Menschen bei sich arbeiten lassen und sie auf Werkvertragsbasis, als freie Dienstnehmer oder aber als echte Dienstnehmer beschäftigen – je nachdem, wie es für sie gerade steuerlich günstiger ist.**

Um eine Abgrenzung treffen zu können, ist dabei als erster Schritt die Entscheidung zu treffen, ob es sich im vorliegenden Fall um ein Zielschuldverhältnis oder ein Dauerschuldverhältnis handelt. Beide Begriffe entstammen dem Vertragsrecht, da ja in beiden Fällen ein Vertrag über die Erbringung einer bestimmten Leistung abgeschlossen wird.

Das Zielschuldverhältnis zeichnet sich dadurch aus, dass mit der Erreichung eines vereinbarten Zieles das Vertragsverhältnis beendet ist. Als Beispiele für Zielschuldverhältnisse können der Kaufvertrag oder eben ein Werkvertrag genannt werden. Beim Werkvertrag wird ein bestimmter Erfolg, ein Werk, geschuldet. Dabei kommt es insbesondere darauf an, dass der vereinbarte Erfolg, beziehungsweise das Werk, erbracht wird. Dieses Werk hat der Werkvertragsnehmer nach den Vorstellungen des Werkbestellers herzustellen. Dieses Werk kann von unterschiedlicher Art sein. Für die Bestimmung, ob ein Werkvertrag vorliegt, kommt es einzig und alleine darauf an, ob ein konkret beschriebenes Werk vereinbart ist und ein eindeutiger Erfolg feststellbar ist.

Wird das Werk erbracht, besteht ein Anspruch auf Bezahlung. Der wesentliche Unterschied zu einem Dauerschuldverhältnis liegt darin, dass mit der Fertigstellung des Werkes, beziehungsweise mit Eintritt des Erfolges, das Zielschuldverhältnis automatisch beendet wird.

### Wesentliche Merkmale eines Werkvertrages:

- Zielschuldverhältnis
- Anspruch auf Bezahlung nur bei Eintritt des Erfolges (bedeutet, der Werkvertragsnehmer trägt das Risiko)
- Werke können für verschiedene Vertragspartner erbracht werden
- Bei der Erstellung des Werkes werden eigene Betriebsmittel verwendet
- Der Werkvertragsnehmer hat keine persönliche Arbeitsverpflichtung
- Es gibt keine Bindung an einen Arbeitsort bzw. an
- eine Arbeitszeit
- Wenn das Werk mangelhaft erbracht wird, kann es zu Gewährleistungsansprüchen des Werkbestellers kommen

Achtung: Wenn ich einen Werkvertrag abschließe, trage ich das Risiko für die Nichterbringung des Werkes. Ich bin somit selbständig als Unternehmer tätig und habe damit auch alle Gefahren beziehungsweise jegliche Verantwortung einer selbständigen Tätigkeit selbst zu tragen. Insbesondere auch die Anmeldung bei der Versicherung der gewerblichen Wirtschaft und die Abfuhr der Steuern.

Beste Beispiele für einen Werkvertrag sind die, die wir selbst tagtäglich abschließen: die Reparatur der Heizung, die Bestellung eines Tisches beim Tischler usw..

Im Gegensatz dazu zeichnen sich Dauerschuldverhältnisse dadurch aus, dass nicht für das Ergebnis der Tätigkeit bezahlt wird, sondern auf gewisse Zeit eine Leistung geschuldet ist. Für Dauerschuldverhältnisse charakteristisch ist, dass sie nicht mit Eintritt eines Erfolges automatisch enden, sondern, dass es zur Beendigung einer bestimmten Handlung bedarf (wie z.B. den Ausspruch einer Kündigung oder das Vereinbaren einer Befristung). Dabei ist insbesondere zu beachten, dass nicht die Dauer der Vertragserfüllung das entscheidende Element dafür ist, ob ein Zielschuldverhältnis oder ein Dauerschuldverhältnis vorliegt, sondern die Art der Verpflichtung. Verpflichte ich mich für eine immer wiederkehrende Leistung, dann handelt es sich um ein Dauerschuldverhältnis. Ist jedoch mit einer Erfüllungshandlung, einem Ergebnis, das Vertragsverhältnis beendet, liegt ein Zielschuldverhältnis vor. Als Beispiele für ein Dauerschuldverhältnis können ein Mietvertrag, ein freier Dienstvertrag oder eben ein echter Dienstvertrag genannt werden.

Ich weiß, wie in der Juristerei üblich, entpuppen sich die vorher genannten, klaren gesetzlichen Regelungen dann doch als etwas schwammige Abgrenzungskriterien. In der nächsten Ausgabe möchte ich mich der Abgrenzung zwischen einem freien Dienstverhältnis und einem echten Dienstverhältnis widmen.

**VERA KOLLER**  
IST IM KOA DER UG  
UND RECHTSEXPERTIN  
IN DER GPA-DJP-WIEN.



Verluste aus „Cross Border Leasing“-Geschäften hängen als Damoklesschwert über Wien. Von Martin Margulies.

# KNAPP VORBEI AN DER MILLIARDENPLEITE

**M**it viel Glück ist die Stadt Wien in den vergangenen Wochen an einem Milliarden schweren Finanzdebakel vorbei geschrammt. Hat doch auch die absolut rote Stadtregierung in „cross border leasing“-Verträgen (CBL) ein sicheres Geschäft vermutet. Spätestens die aktuelle Bankenkrise offenbart jedoch auch die finanziellen Risiken dieser Scheingeschäfte.

Stand vor Jahren noch inhaltliche Kritik an Cross Border Leasing-Transaktionen gegenüber den zu erwartenden Gewinnen aus diesen Geschäften auf verlorenem Posten, so geht in manchen Gemeinden und staatsnahen Betrieben nun die nackte Angst vor Verlusten um. Doch immer noch sind sich Manager und Beamte sowie Stadt- und Landesregierungen keiner Schuld bewusst. Dass CBL-Aktivitäten die unverantwortlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten unterstützt und beschleunigt haben, wird ausgeblendet. Vergessen wird, dass damit weltweit Tausende Dollar-Milliarden transferiert wurden, welche wiederum die Basis für spekulative Finanzinvestitionen, insbesondere der Depotbanken, bildeten. Gleichzeitig wurde Steuerhinterziehung global

salonfähig. Wenn selbst Länder, Gemeinden und staatsnahe Unternehmen mit „Scheingeschäften“ Millionenerträge auf Kosten US-amerikanischer SteuerzahlerInnen erzielen, verschwimmen jegliche moralische Grenzen.

Doch im Jahr 2004 war für die Wiener Stadtregierung noch alles in Ordnung. Zwar wurden seitens der USA neuen CBL-Verträgen ein Riegel vorgeschoben, doch alle bis zu diesem Zeitpunkt getätigten Transaktionen wurden als unbedenklich eingestuft.

In Summe handelt es sich dabei um sechs Transaktionen (inkl. Wiener Stadtwerke). Der Gesamtwert dieser zwischen 1998 und 2003 abgeschlossenen Geschäfte liegt bei rund 2,3 Milliarden US \$ und betrifft Wiener Linien, Teile des Kanalsystems und des Rechenzentrums. Geld, welches die Stadt Wien abzüglich ihres Barwertvorteils sofort wieder bei großen US-Banken und Versicherungen anzulegen hatte.

## WIEN SETZT AUF „FREDDIE MAC“ UND AIG

Über die genaue Höhe und Verteilung der Depots hüllt sich die Wiener Stadtregierung in Schweigen – die Finanzinstitute sind jedoch teilweise bekannt. Der größte Teil der angelegten Beträge befindet sich in Händen von zwei Finanzdienstleistern, die in den letzten Monaten häufig in die Schlagzeilen gerieten. „Freddie Mac“ – der größten Hypothekarbank der USA und AIG, dem ehemals weltweit größten Versicherer. Beide standen im Sommer unmittelbar vor dem Konkurs. „Too big to fail“ – ein Schlagwort machte die

Runde – und so rettete die US-Regierung ihre Paradeunternehmen mit mehreren hundert Milliarden Dollar – und ganz nebenbei die Stadt Wien vor einem Finanzdebakel. Gleichzeitig wurde AIG unter staatliche Aufsicht gestellt, Freddy Mac wurde gleich ganz verstaatlicht. Was ein Konkurs bedeutet hätte, ist leicht erklärt: Wien hätte sich ihr Eigentum mit der noch aushaftenden Summe von rund einer Milliarde Euro zurückkaufen müssen.

Doch selbst trotz vorläufiger Rettung von AIG und „Freddie Mac“ wird die Stadt Wien um einen Wechsel der Depots nicht herum kommen – sehen doch die Verträge nur Depots bei Finanzdienstleistern höchster Bonität vor. Während „Freddie Mac“ durch die direkte staatliche Übernahme seitens großer Ratingagenturen wie „Standard & Poors“ oder „Moody's“ nicht mehr gelistet wird, wurde AIG trotz staatlicher Intervention downgerated. Die Kosten eines Depotwechsels betragen für die Stadt Wien mehrere Millionen Euro.

Ganz abgesehen davon drängt sich die Frage auf, ob es in den USA überhaupt noch eine Bank gibt, der gegenwärtig höchste Bonität beschieden werden kann.

## NOCH 20 JAHRE ZITTERN

Auch wenn die Stadt Wien diesmal möglicherweise mit einem blauen Auge davon kommt – es bleiben noch gut 20 Jahre zittern, ob sich das einstmals so gewinnträchtige Geschäft nicht zu einer finanziellen Katastrophe entwickelt. Selbst die gegenwärtige Finanzmarktkrise ist weder bewältigt



**MARTIN MARGULIES**  
IST ALS LANDTAGSABGEORDNETER DER WIENER GRÜNEN ZUSTÄNDIG FÜR BUDGET-, FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK.



*Auf manchen Zügen der Wiener Linien picken Aufkleber mit folgendem Text: „An diesem Schienenfahrzeug der Wiener Linien & Co KG besteht ein erstrangiges Pfandrecht zugunsten der Wilmington TrustCompany gemäß dem Trust Agreement vom 18. 12. 2003. Dieses Pfandrecht ist an die AIG-FP Limited verpfändet.“*

noch ausgestanden und wer wagt heute schon eine Prognose für die kommenden Jahrzehnte.

Licht ins Dunkel der bestehenden CBL-Transaktionen soll nun eine schriftliche Anfrage im Wiener Gemeinderat bringen. Laufzeiten der Verträge sollen ebenso bekannt gegeben werden, wie Depotbanken und vorgenommene Depotwechsel, Höhe und Anzahl der noch offenen Leasingraten sowie der Rückkaufpreis. Falls möglich sollte die Stadt Wien versuchen aus den bestehenden Verträgen auszusteigen. Durchaus wahrscheinlich, dass der eine oder andere Investor ob bestehender Liquiditätsproblem selbst Interesse daran hat. Eine Rückzahlung des Barwertvorteils sollte dabei durchaus als Angebot ins Auge gefasst werden. Denn ein zweites Mal wird die US-Regierung die Stadt Wien nicht vor einem Milliardenesaster bewahren.

### **GEGEN SPEKULATION MIT ÖFFENTLICHEN GELDERN**

Und auch Lehre sollte daraus gezogen werden. Öffentliche Gelder dienen weder der Spekulation noch der Ausnutzung international bestehender Steuervorteile. Finger weg von Zins- und Währungsswaps, unter deren negativer Auswirkung mittlerweile viele kleine Gemeinden in Österreich leiden. Öffentliche Gelder sind sowohl für öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen, als auch um sozial und ökologisch sinnvolle Umdenkprozesse einzuleiten und zu fördern.

### **„Cross-border-leasing“-Geschäfte der Gemeinde Wien**

(Beträge in US \$)

1. **1998 – Wiener Linien: Volumen 550 Millionen**  
Auf Wunsch des Investors größtenteils wieder aufgelöst.
2. **1998 – Wiener Linien: Volumen 170 Millionen**  
Laufzeit bis 2030. Vorzeitige Rückkaufoption: 2022.  
Noch offen: Rund 100 Millionen.
3. **1999 – Wiener Linien (WSTW): Volumen 400 Millionen**  
Laufzeit 1. Tranche bis 2025. Vorzeitige Rückkaufoption: 2018.  
Laufzeit 2. Tranche bis 2014. Vorzeitige Rückkaufoption: 2012.  
Noch offen: Rund 200 Millionen.
4. **2001 – Wiener Linien (WSTW): Volumen 550 Millionen**  
Laufzeit bis 2026. Vorzeitige Rückkaufoption: 2020.  
Noch offen: Rund 400 Millionen.
5. **2003 – Kanalanlage 21., 22. Bezirk: Volumen 550 Millionen**  
Laufzeit bis 2012. Vorzeitige Rückkaufoption: 2038.  
Noch offen: Rund 440 Millionen.
6. **2003 – Rechenzentrum: Volumen 100 Millionen**  
Laufzeit bis zirka 2030. Vorzeitige Rückkaufoption: zirka 2018.  
Noch offen rund 60 Millionen.

Aus CBL-Verträgen noch aushaftende Summen: zirka 1,2 Milliarden. Bei diesen Beträgen handelt es sich um Schätzungen, da genaue Daten bislang nicht bekannt gegeben wurden.

### **CBL in aller Kürze**

Beim CBL wurden von Gemeinden oder staatsnahen Betrieben (ÖBB) vorhandene Güter (zum Beispiel Züge, Kanalnetz, Kraftwerke ...) an einen oder mehrere US-Investoren verleast (verkauft) und sofort wieder zurückgeleast. Gleichzeitig wurde eine vorzeitige Rückkaufoption vereinbart.

Der US-Investor zahlte zu Beginn der Laufzeit den gesamten Kauf(Leasing)preis – dieser wurde abzüglich des Barwertvorteils für den jeweiligen Leasinggeber sofort bei großen US-Banken und Versicherungen in Depots zur Rückzahlung des Leasingraten und zur Ausübung der Rückkaufoption angelegt.

Für US-Investoren ergab sich aus diesen Scheingeschäften eine Steuerbegünstigung in der Größenordnung von knapp 30 Prozent des Transaktionswertes – ein Teil davon wurde als Barwertvorteil an den Leasinggeber weitergegeben.

# DIE KRISE HAT AUCH

DIE BANKEN WERDEN KLEINER



DIE AUTOFIRMEN  
KLEINER

GEMMA  
BURSCHEN,  
ES IS WIEDER  
A AUFTRAG DA



DER ORF WIRD KLEINER



DIE BOND FILME WER

HALT!  
IM NAMEN  
IHRER MAJESTÄT



H IHR GUTES:

WERDEN



DIE AMIS WERDEN KLEINER

UNTER AUFBIETUNG ALL UNSERER  
KRÄFTE KÖNNTEN WIR LIECHTENSTEIN  
AUF DIE KNIE ZWINGEN



DEN BESCHIEDENER



DIE BUNDESREGIERUNG  
BLEIBT BESCHIEDEN





---

Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise.  
Von Joachim Becker und Johannes Jäger.

# STARK ZUGESPITZT

**I**n jüngster Zeit hat sich die Krise stark zugespitzt. Nunmehr ist auch nicht mehr von einer „US-Finanzkrise“, sondern von „der“ Finanzkrise die Rede. Der Finanzsektor in weiten Teilen Europas ist mittlerweile ebenso erheblich betroffen. Bankenrettungspakete werden eilig geschnürt, um einen Systemzusammenbruch zu verhindern.

In jüngster Zeit haben die Turbulenzen auch Teile der Peripherie erfasst. In Osteuropa mussten bereits Ungarn und die Ukraine zum Internationalen Währungsfonds pilgern. Auf der globalen Ebene hat die Krise nunmehr zu einem drastischen Rückgang der Rohstoffpreise geführt, was in vielen Ländern der Peripherie ebenfalls einen Wirtschaftsabschwung einleitet. Paradoxer Weise wird dadurch die USA neuerlich gestärkt. Auch wenn dort der Ausgangspunkt der Krise liegt, gilt sie angesichts der nunmehr weltweiten Krisenentwicklungen scheinbar momentan als vergleichsweise sicherer Hafen. Dennoch stehen die USA mit ihrem finanzzentrierten, von Zuflüssen aus dem Ausland abhängigen Regime, auf sehr wackeligen Beinen. Und mit ihnen auch die Weltwirtschaft. Diese strukturellen Ungleichgewichte werden durch Bankenrettungspakete nicht gelöst.

Vordergründig werden häufig unverantwortliche BankenmanagerInnen und ungebremstes Profitstreben als Ursache für die Krise ausgemacht. Man soll diesen Aspekt auch keineswegs vernachlässigen. Als Antwort sollen Rettungspakete den Schaden wieder gut machen und Vertrauen wieder herstellen. Dann kann scheinbar alles so weiter gehen wie bisher, zum Teil um einige Regulierungen angereichert.

Dies greift jedoch zu kurz. Die aktuelle Krise hat noch zumindest zwei weitere wesentliche und tiefer liegende Aspekte.

---

## STRUKTURELLE URSACHEN

Erstens liegt der Krise strukturell ein Wirtschaftsmodell zugrunde, welches zentral auf einer massiven Umverteilung von Einkommen und Vermögen hin zu den reichsten Gruppen der Gesellschaft basiert. Für diese Entwicklungen ist eine liberale Regulation des Finanzsektors Voraussetzung. Diese ermöglicht seine dominante Rolle. Die Durchsetzung von kurzfristiger shareholder-value Orientierung ist ein wichtiger Aspekt davon. Ebenso wurden wichtige gesellschaftliche Funktionen, wie etwa die Altersvorsorge, als für den Finanzsektor lukrative Geschäftsfelder entdeckt. Die Risiken werden im Gegenzug jedoch individualisiert. Auch wenn diese Aspekte in den USA, aber auch in Teilen Europas, wie etwa in Großbritannien, besonders ausgeprägt sind, lassen sich diese Tendenzen ebenso in Österreich erkennen. Die staatliche Förderung der privaten Pensionsvorsorge oder die gesetzlich verpflichtende Abfertigung Neu, die ArbeitnehmerInnen zwingt, indirekt zu AktionärInnen zu werden, sind nur einige konkrete Beispiele dafür.

Zweitens gibt es damit in Zusammenhang erhebliche globale Ungleichgewichte zwischen Ländern mit einem Defizit in der Leistungsbilanz, wie etwa den USA, und Ländern mit einem großen Überschuss, wie China, Deutschland und Japan. Beide Aspekte hängen eng zusammen. Auch wenn diese Aspekte der Dominanz des Finanzsektors überall erkennbar sind, bestehen doch zwischen den Entwicklungsmodellen einzelner Ländern noch erhebliche Unterschiede. Die aktuelle Krise ist daher eine doppelte. In den USA hat die Wirtschaftspolitik die Finanzakkumulation massiv begünstigt. Bereits im Jahre 2000 ist die so genannte dot.com-

Blase an der Börse geplatzt. Die Konsequenzen davon waren überraschender Weise sehr limitiert. Nichts desto trotz hat sich die Blase in den Immobiliensektor verlagert. Die Immobilienpreise sind seit 2002 um über 7 Prozent (und seit 2004 über 10 Prozent) pro Jahr gewachsen. Kredite wurden zu immer riskanteren Bedingungen vergeben und es entstand das Kreditsegment für Gruppen mit sehr geringem Einkommen. Diese wurden NINA-Kredite (no income, no assets) genannt. Nachdem die Preise zu steigen aufgehört hatten, wurde es immer deutlicher, dass viele SchuldnerInnen nicht im Stande waren, die Kredite weiterhin zu bedienen.

Die Immobilienkrise ist ein Symptom eines größeren Problems. Das Wachstum der USA war auf kreditbasiertem Konsum aufgebaut. Die Sparquote der US-amerikanischen Haushalte geht gegen Null. Es gab Jahre, in denen die Konsumausgaben über dem Einkommen lagen. Ein Wirtschaftsmodell mit derartigen Charakteristika ist nicht langfristig durchhaltbar. Darüber hinaus fußte dieses Modell auf dem Import von Kapital und Waren. Im Jahr 2006 belief sich das Defizit in der Leistungsbilanz auf 6,6 Prozent des BIP und lag auch 2007 immer noch bei beachtlichen 5,3 Prozent des BIP. Die USA sind weltweit der wichtigste Kapitalimporteur. Im Jahr 2002 absorbierte das Land 76 Prozent der weltweiten Nettokapitalimporte.

Im September 2008 spitzte sich die Krise zu. Am 7. September übernahm das Schatzamt die Kontrolle über die beiden Hypothekenriesen Fannie Mae und Freddie Mac, um den Immobilien- und Hypothekenmarkt vor dem Einsturz zu retten. Am 15. September entschied der US Finanzminister Henry Paulson Lehman Brothers, eine der renommiertesten US-Investmentbanken,

---

nicht zu retten. Lehman Brothers war ein wichtiger Garantiegeber für verschiedene Derivatgeschäfte. Zahlreiche Banken, darunter auch in Österreich, waren davon betroffen und mussten teils erhebliche Verluste einstecken. Eine Kettenreaktion wurde befürchtet. Panik brach aus. Darauf hin erfolgt neuerlich eine Kehrtwendung in der US Politik. Nunmehr wurde beschlossen, alle großen Banken und AkteureInnen am Finanzsektor zu retten. Als nächstes traf die Krise den Versicherungssektor, konkret den riesigen Konzern AIG. Diese hatte sich sehr stark in der Absicherung von komplexen Anleihen, darunter speziell auch zweitklassige US-Hypothekenanleihen, engagiert. Mit der Krise des Hypothekenmarktes rutschte AIG in die Krise und verlor die Kreditwürdigkeit. AIG ist nicht nur mit vielen Finanzmarktakteuren verbunden, vielmehr drohte nun auch Millionen US-Amerikanern der Verlust der Pension. Die Regierung griff ein. Die Notenbank Fed stellte einen Kredit von 85 Milliarden US\$ zur Verfügung und stellte die AIG unter Kuratel. Nunmehr zeichnete sich eine Systemkrise ab. Am 19. September kündigte die Regierung eine staatliche Auffanggesellschaft zur Übernahme fauler Kredite an. Diese soll für 700 Milliarden US\$ Finanzinstitute von dubiosen Engagements entlasten. Als nächster Schritt wurde – dann schon nach EU-Beispiel – die Teilverstaatlichung von Banken mit dem Ziel der Stärkung von deren Eigenkapital und einer stärkeren Konzentration des US-Bankensystems eingeleitet. Ende Oktober 2008 war dann auch bereits die Ausweitung der Rettungspakete auf den US-Versicherungssektor in der Diskussion.

Die staatliche Schuldenübernahme schränkt die wirtschaftspolitischen und budgetären Handlungsspielräume in einer Situation empfindlich ein, in der auch andere Segmente des US-Finanzsystems, beispielsweise Hedge Fonds, der Kreditkartenmarkt und die Versicherungen, als wacklig gelten. Die Bereitschaft des Auslands, US-Papiere zu kaufen und so zur Finanzierung des rapide steigenden US-Budgetdefizits beizutragen, ist erkennbar gering. Dennoch verzeichnet der US-Dollar zumindest kurzfristig wieder eine leichte Stei-

*Bitte umblättern*

---

*Bereits im Jahre 2000 ist die so genannte dot.com-Blase an der Börse geplatzt. Die Konsequenzen davon waren überraschender Weise sehr limitiert. Nichts desto trotz hat sich die Blase in den Immobiliensektor verlagert.*



---

gerung. Dieser ist als internationale Reservewährung zwar angeschlagen, in Zeiten sich weltweit generalisierender Krisenentwicklungen scheint er vergleichsweise jedoch – zumindest in der kurzen Frist – noch ein möglicher Zufluchtsort. Zu den Kapitalzuflüssen in den USA haben allerdings auch Notverkäufe, beispielsweise von Hedgefonds, im Ausland beigetragen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass vor dem Hintergrund der Belastungen für das Budget durch Rettungspakete und dem erheblichen Handelsbilanzdefizit, die wirtschaftspolitischen Spielräume der US-Regierung weiter schrumpfen.

---

### WELTWEITE AUSWIRKUNGEN

Die Krise expandierte über zwei Kanäle: Die direkte Ansteckung über die Finanzmärkte und vermittelt über die Exporte. Die – mittlerweile faulen – Kredite wurden in Finanztitel umgewandelt und an andere Banken verkauft. Die Probleme wurden damit auf andere Banken, insbesondere auch in Europa, übertragen, wo mehrere Banken enorme Verluste hinnehmen mussten (z.B. UBS, Deutsche Bank, Sächsische Landesbank-Girozentrale). Im Fall Islands führten die exorbitanten Verluste bei den großen Banken zu enormen gesellschaftlichen Verlusten. Insgesamt sind die bisherigen Gesamtverluste im Finanzsektor damit in Europa bereits ähnlich hoch wie in den USA. Insbesondere der Interbankenmarkt hat sich durch diese Krise sehr betroffen gezeigt. In einigen Ländern war das Wirtschaftsmodell auch sehr stark auf den Finanzsektor und/oder Immobiliensektor gebaut. Aus diesem Grund erleben Länder wie Großbritannien, Spanien, Dänemark oder Irland eine Krise, die eher als strukturell denn als konjunkturell einzuschätzen ist.

Eine zweite Ländergruppe zeigt sich vor allem über die Exportentwicklung von der Krise betroffen. Einerseits sind dies Länder wie Deutschland, Japan oder China, die sich durch einen ausgeprägten Merkantilismus, d.h. eine Politik, die auf einen Überschuss in der Leistungsbilanz abzielt, auszeichnen. Auch Österreich ist massiv von der Entwicklung der Exporte abhängig. Andererseits sind es Rohstoffexporteure, wie etwa viele lateinamerikanische Staaten oder afrikanische Staaten, die einen

Rückgang der Nachfrage in den Staaten des Zentrums in Form einer Wachstumsabschwächung für ihre Exporte hinnehmen müssen. Für viele Rohstoffe stellt sich der Boom bereits jetzt als sehr vergänglich heraus. Dies führt Mitte September bereits zu starken Unsicherungen in Russland, auf welche der Kreml mit Finanzspritzen reagierte. Die semi-peripheren Länder sind nunmehr auch durch Kapitalabzüge, die zu einem erheblichen Teil durch Notverkäufe bedingt sind, sowie durch die Nichtverlängerung von Kreditlinien betroffen. Letzteres schlägt vor allem bei einem hohen Anteil kurzfristiger Auslandsverschuldung durch. Relativ gering waren die Auswirkungen auf den Bankensektor bisher in semi-peripheren Ländern, in denen Kapitalverkehrskontrollen in Kraft waren und sind. Das gilt beispielsweise für Südafrika.

Es gibt jedoch eine dritte Ländergruppe, die noch anfälliger für Krisen ansteckung ist. Dabei handelt es sich um Länder, die über externe Kredite finanziert werden und ein sehr hohes Leistungsbilanzdefizit aufweisen. Ihre finanzielle Instabilität verschärft sich aufgrund des Rückgangs der Exportdynamik. Außerdem ist es sehr wahrscheinlich, dass die Finanzanleger der Fragilität in den Zahlungsbilanzdaten mehr Aufmerksamkeit schenken werden. Ungarn und die Ukraine sind bereits die ersten Opfer dieser Entwicklungen. Zahlreiche weitere zentral- und osteuropäische Länder weisen sehr hohe Wachstumsraten ihrer Auslandschuld und ihres Leistungsbilanzdefizits auf. Insbesondere handelt es sich dabei um Länder mit einem currency board (wie es etwa in Argentinien bis zur Krise praktiziert worden ist) oder einer sehr rigiden Wechselkurspolitik in Verbindung mit einer relativ peripheren Rolle in der internationalen Arbeitsteilung. Im Jahre 2007 wiesen Lettland und Bulgarien ein Leistungsbilanzdefizit von über 20 Prozent des BIP auf. Das ist viermal soviel wie die 5 Prozent-Grenze, die normalerweise bereits als problematisch gilt. In zwei baltischen Staaten, Estland und Lettland, ist das Wachstum bereits abrupt eingebrochen. Ihr Länderring wurde reduziert und die Zinsen steigen. Hier ist die Spekulationsblase bereits geplatzt und die dort sehr stark engagierten schwedischen Banken sind mit erhebli-

chen Problemen konfrontiert. Als besonders verwundbar müssen auch Rumänien, Bulgarien, Serbien oder Kroatien gelten. Österreichische und italienische Banken sind stark in zentral- und südosteuropäischen Ländern mit problematischer Leistungsbilanz bzw. einer sehr rasch steigenden Privatverschuldung, die der Finanzierung von Immobilien und Konsum dient, engagiert. Allein der Anteil österreichischer Banken am osteuropäischen Bankensystem wird auf etwa ein Fünftel geschätzt. Eine Finanzkrise in osteuropäischen Ländern hätte daher deutliche Rückwirkungen auf Österreichs Banken. Auch die Situation der Türkei erscheint sehr fragil. Aber auch manche südostasiatische Länder, wie beispielsweise Vietnam, sowie Staaten in Zentralamerika sowie Südafrika weisen ein sehr hohes Leistungsbilanzdefizit aus. In diesen Ländern ist eine Krise, wie sie in den 1990er Jahren so häufig war, nicht auszuschließen.

---

### DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK ANGESICHTS DER KRISE

Die Antwort auf die Finanzkrise fiel im Zentrum gänzlich anders aus als die Rezepte, die während ähnlicher Krisen in der Peripherie angewandt wurden, oder wie sie jetzt bereits von Ungarn praktiziert werden. Während in der Peripherie von Brasilien bis Südkorea Zinserhöhungen und eine sehr restriktive Fiskalpolitik erfolgten, stellten die Zentralbanken in den USA wie in der EU dem Finanzsystem ausreichend Liquidität zur Verfügung. Die USA und Großbritannien reduzierten den Zinssatz dramatisch und implementierten eine expansive Fiskalpolitik. Die Staaten der Euro-Zone waren hier vergleichsweise zurückhaltender. Eine eher expansive Geldpolitik und Liquiditätszufuhr war die erste Antwort auf die Krise. Sie war eher keynesianisch, setzte jedoch vor allem bei den Banken, nicht jedoch bei den betroffenen Kreditnehmern an. Diese Maßnahmen erwiesen sich selbst kurzfristig als unzureichend. Im zweiten Schritt folgten daher Teilverstaatlichungen, staatliche Garantieübernahmen bzw. Verlustübernahmen im großen Stil – in unterschiedlichen Varianten sowohl in den USA als auch in der EU. Diese haben den Charakter von kurzfristigen Not-

---

maßnahmen, aber nicht von strategischen Schritten zur Ausweitung des öffentlichen Bankensektors und zur Neuausrichtung des Finanzsystems. Eine Debatte über eine striktere Regulierung des Finanzsystems hat begonnen. Auch erste konkrete Vorschläge, wie einen Mindestselbstbehalt von 20 Prozent bei der Verbriefung und Veräußerung von Krediten seitens des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück, liegen jetzt vor. Sie stellen Korrekturen der bisherigen Regulierung, aber keinen Bruch mit den bisherigen Mustern dar. Die Rolle hochriskanter Finanzinstitutionen wie Hedge Fonds wird beispielsweise in Frankreich kritisch diskutiert, die britische Regierung lehnt deren striktere Regulierung jedoch ab. Die Positionen in der EU über eine künftige Regulierung gehen auseinander. In das bisherige Krisenmanagement waren nur die Staaten der Eurozone und Großbritannien aktiv einbezogen, die osteuropäischen Länder standen am Rande. Auf deren spezifische Probleme, wie die hohe Abhängigkeit von Kapitalzuflüssen und der oftmals sehr hohe Anteil von Devisenkrediten auch im Inlandsgeschäft, wurde bisher nicht ernsthaft eingegangen.

Hier deutet der Fall Ungarns an, dass dem IWF eine zentrale Rolle beigemessen werden soll. Damit zeigen sich in der EU erkennbare Risse. Insgesamt gehen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen bislang nicht einmal die Regulierungsproblematik in ihrem Kern an. Die nationalen Rettungspakete beinhalten zum Teil – insbesondere in Großbritannien, kaum jedoch in Österreich – Konditionen, die Banken zur weiteren Versorgung der Wirtschaft mit Krediten anhalten sollen, doch bedeutet diese eben nicht eine Verpflichtung auf eine grundlegende Neuausrichtung der Geschäftspolitik. Auch wenn diese Rettungspakete jetzt spektakulär erscheinen und viele schon von einem Ende der liberalen Finanzmarktregulierung sprechen, so gilt es doch daran zu zweifeln. Unter der Rechtsdiktatur von Pinochet in Chile wurde in den 1980er Jahren ein großer Teil der Banken angesichts einer tiefen Finanzkrise verstaatlicht und damit Verluste sozialisiert. Wenige Jahre später wurden diese wieder privatisiert, am liberalen Finanzregime und einer neoliberalen Politikausrichtung jedoch kaum substantiell et-

was geändert. In den Ländern der (Semi-)Peripherie deutet sich eine zentrale Rolle des IWF in der Krisenbewältigung an. Wie in der Vergangenheit dürften die IWF-Pakete große soziale Härten mit sich bringen, ohne die strukturellen Probleme auch nur ansatzweise anzugehen. Darauf deuten zumindest die ersten „Stabilisierungspakete“ in Ungarn und der Ukraine hin.

Darüber hinaus hat man nicht begonnen, die Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen in einer systematischen Art und Weise anzugehen sowie Maßnahmen gegen Instabilität der Wechselkurse zu setzen. Der enorme Handelsbilanzüberschuss Chinas im Vergleich zu den USA wurde bislang kaum reduziert. Die billigen Importe aus China waren eines der Fundamente des Überkonsums in den USA. Aus diesem Grund war die Position der USA gegenüber dem Handel mit China auch nicht eindeutig. Eine internationale Vereinbarung zur Koordination der Zinsen und zur Reduktion der Handelsbilanzungleichgewichte scheint ohne China nicht möglich. Nichts desto trotz sind die Handelsströme nur ein Teil der Gleichung. Der andere Teil sind die in den USA angelegten Gelder. China hat sehr viele finanzielle Mittel in den USA investiert. Aufgrund der leichten Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Yuan haben die chinesischen Aktiva gemessen in Yuan bereits an Wert verloren. Mit einer zukünftigen Aufwertung des Yuan würden diese Gelder weiter an Wert verlieren. Angesichts dieser Tatsachen hat China begonnen die Entwicklungsstrategie stärker nach Innen zu orientieren. In Deutschland oder Japan, zwei weiteren traditionell auf hohe Exportüberschüsse und die Exportdynamik bauende Länder, ist eine Abkehr vom Neo-Merkantilismus nicht erkennbar. Die aggressive Exportpolitik Deutschlands erschwert auch in anderen europäischen Ländern eine Stärkung der Binnenkonjunktur. Die heftige deutsche Ablehnung französischer Vorschläge für europäische konjunkturpolitische Initiativen erklärt sich nicht zuletzt aus dem deutschen Neo-Merkantilismus.

Die Finanzkrise ist überdies ein Symptom für die Erosion der dominanten Position der USA. Washington kann angesichts der starken Überschuldung wichtiger US-Sektoren (derzeit

vor allem der Haushalte) nicht mehr so reagieren wie Ende der 1970er, als die Zinsen abrupt angehoben wurden. Derzeit ist die Fragilität des US-amerikanischen Finanzsystems so groß, dass so eine Maßnahme nicht empfehlenswert wäre. Außerdem ist der Euro im Vergleich zur Deutschen Mark ein wesentlich stärkerer Konkurrent. Dennoch hat der Euro auch mit seinen eigenen Problemen zu kämpfen. Die geldpolitischen Regeln der Europäischen Zentralbank sind zu rigide. Die Entwicklung innerhalb der EU ist sehr ungleich und es gibt enorme Ungleichgewichte zwischen den EU-Ländern. Während Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss von 5,1 Prozent im Jahr 2006 aufwies, hatten einige andere Länder der Eurozone ein Defizit von rund 10 Prozent. In einigen Ländern außerhalb der Eurozone sind die Defizite noch größer. Die EU hat bei der akuten Krisenbekämpfung deutliche Abstimmungsprobleme gezeigt.

Eine Reduktion der Handelsungleichgewichte würde sowohl die neo-merkantilistischen als auch die auf Überkonsum basierenden Modelle in Frage stellen. In beiden Fällen würde eine Veränderung des Modells auch eine Veränderung der Einkommenspolitik beinhalten. Im Fall der neo-merkantilistischen Länder wären höhere Löhne und eine stärker ausgeglichene Einkommensverteilung nötig, um entsprechend auch mehr Produkte am internen Markt absetzen zu können. Im Fall des Überkonsums können nur höhere Löhne den Konsum der unteren Einkommensschichten aufrecht erhalten. Damit wäre eine Veränderung des Wirtschaftsmodells – weg auch von einer Dominanz eines liberalen Finanzsektors – unmittelbar mit der Verteilungsfrage verbunden und somit eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Auch wenn in der aktuellen Krise der liberalen Ideologie zum Teil der Boden entzogen wurde, so muss das nicht bedeuten, dass sich jetzt zwingend progressive gesellschaftliche Kräfte durchsetzen.

---

Joachim Becker ist Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Redakteur des „Kurswechsel“; Johannes Jäger ist Volkswirt an der Fachhochschule des bfi-Wien.



Der *BEIGEWUM*\*) hat eine Stellungnahme zur aktuellen Finanzkrise und zum österreichischen Bankenrettungspaket verfasst. Gerne drucken wir diese ab.

# FORDERUNGEN ZUR FINANZKRISE

## UMVERTEILUNG

Die aktuelle Krise ist nicht nur ein Versagen des Finanzsektors, sondern auch Ergebnis der zunehmenden Verteilungsschieflage der letzten Jahre. Die Ansammlung gigantischer Vermögen auf der Suche nach lukrativen Veranlagungsmöglichkeiten hat dazu geführt, dass die Finanzinstitute mehr Geld in den Händen hatten als durch lukrative Investitionsprojekte absorbiert wurde, weshalb schließlich auch unsolide Kredite vergeben wurden. Zum Beispiel Kredite an arme Leute, um Häuser auf Kredit zu kaufen, die sie sich eigentlich gar nicht leisten konnten. Statt unleistbare Kredite wären für diese Leute staatliche Unterstützungsmaßnahmen oder sozialer Wohnbau nötig gewesen – finanziert aus Einkommens- und Vermögenssteuern. Die Weigerung, Teile des Einkommens und Vermögens über den Steuertopf den Armen zugute kommen zu lassen, und stattdessen zu versuchen, mit den Armen (Kredit)Geschäfte zu machen, ist schief gegangen. Nur durch staatliche Umverteilung zu den unteren Einkommenschichten wäre eine Kombination aus hoher privater Konsumnachfrage und nachhaltigem Wirtschaftswachstum möglich gewesen. Mehr Umverteilung kann das Entstehen von Finanzblasen verhindern.

## STAATSHILFE GEGEN AUFLAGEN

Dass einzelne Banken nun verstaatlicht werden müssen, ruft in Erinnerung, dass Banken eine wichtige öffentliche Funktion haben, die durch

Renditedruck in Mitleidenschaft geraten kann. Eine Rückkehr zum öffentlichen Eigentum an Banken könnte diese öffentliche Funktion wieder stärken. Falls eine steuerfinanzierte Sanierung der Banken nötig ist, sollte das mit einer Vermögenssteuer und einem Zuschlag von 20 Prozent zur Einkommenssteuer für das oberste Fünftel der EinkommensbezieherInnen finanziert werden. Das sind jene, die von der Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahrzehnte speziell profitiert haben. Die betroffenen Banken, sofern sie in privater Hand bleiben wollen, sollen den Staat für sein Einspringen entschädigen. Keine Beihilfe ohne Bedingungen.

### Detailforderungen zum österreichischen Krisen-Paket

Das Bundesgesetz zur Stärkung des Interbankenmarkts ist problematisch:

1. Anteile an Banken, die der Staat zur Krisenhilfe erwirbt, sollen nach Erreichen des Zwecks wieder privatisiert werden. Durch die Krise wurde wieder in Erinnerung gerufen, dass Banken eine wichtige öffentliche Aufgabe erfüllen, und diese Aufgabe durch private Eigentümer, die rein auf Rendite bedacht sind, leicht vernachlässigt wird (übrigens auch durch Banken der öffentlichen Hand, die wachsendem Renditedruck ausgesetzt werden). Deshalb wäre die Krise eine Gelegenheit, über dauerhafte staatliche Beteiligung die öffentlichen/volkswirtschaftlichen Dienstleistungsaufgaben der Banken nachhaltig zu stärken.
2. Als Gegenleistung für staatliche Rekapitalisierung werden im Gesetz eine Reihe von „Kann“-Bestimmungen (betreffend Kreditgewährung, Mittelverwen-

dung, Gehälter, Eigenmittelausstattung, Dividendenpolitik, Arbeitsplatzert, Zeitvorgaben, Rechenschaft, Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen) genannt. Diese Bedingungen müssen verpflichtend verankert werden.

Darüber hinaus:

- a. Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament, nicht bloß gegenüber dem Finanzminister notwendig
  - b. Unterstützung für KleinkreditnehmerInnen: Banken sollen einen Fonds für die Schuldnerberatung bzw. eine unabhängige Beratungsstelle finanzieren, die bei Schuldenproblemen berät. Der jetzt häufig zu hörende Hinweis von Behörden, Fremdwährungskreditnehmer sollen in ihre Bank gehen, um sich beraten zu lassen, ist eine gefährliche Drohung – Berater (=Verkäufern) haben Interesse an gebührenintensive Umschuldungen statt kundenfreundlichen Lösungen.
  - c. Einflussnahme auf die Geschäftspolitik: Verbot bestimmter geschäftlicher Betätigungen und Praxen (z.B. keine Verknüpfung von Kleinkundengeschäften mit komplexen riskanten Finanztransaktionen), keine Orientierung am Shareholder Value.
3. Im Gesetz fehlen Details über die Verteilung der Garantien: Werden sie versteigert, auf Antrag gewährt? Wie wird die Kapitalerhöhung bepreist, welche Kontrollrechte erhält der Staat? Welchen Preis hat der Ausstieg des Staates zu einem späteren Zeitpunkt für die Banken? Es fehlen Kriterien, welche Kreditinstitute als systemrelevant zu gelten haben. Staatliche Kapitalspritzen an Banken könnten etwa als Wandelanleihe begeben werden,

---

die nach einer gewissen Zeit optional in Stammaktien umgewandelt werden.

---

## REGULIERUNG DEMOKRATISIEREN

Seit zehn Jahren fährt die EU ein massives Deregulierungsprogramm für den Europäischen Finanzmarkt. Geheimniskrämerei kann man ihr dabei nicht vorwerfen: Jede neue Gesetzesinitiative wird öffentlich zur Konsultation ausgeschrieben. Doch Stellungnahmen kommen fast ausschließlich von den Finanzkonzernen – sie allein haben die notwendigen Expertise und entsprechende Ressourcen. Die EU-Regeln für die Finanzindustrie berücksichtigen deswegen viel zu wenig die möglichen Risiken, die von der Finanzwirtschaft für den Rest der Gesellschaft ausgehen. Es braucht ein Gegengewicht in den Beratungen über EU-Regeln für die Finanzwirtschaft. Die EU soll Expertise finanzieren, die stärker gesamtwirtschaftliche, zivilgesellschaftliche, gewerkschaftliche Interessen einbringt.

---

## FINANZINSTITUTE REGULIEREN

Außerbilanzielle Verbuchung riskanter Geschäfte, unregulierte Hedge Funds und Private Equity Funds: Während die Staatenwelt sich über unregulierte Staatsfonds aufregt, haben große Bereiche der Finanzwirtschaft außerhalb bestehender Regulierungen agiert. Das muss ein Ende haben.

Steuerliche Absetzbarkeit von hohen Managergehältern als Betriebsausgaben und die steuerliche Begünstigung von Entlohnung über Stock Options sollten abgeschafft werden.

---

## FINANZINSTRUMENTE REGULIEREN

Ein Feuerwerk von innovativen Finanzprodukten, mit denen angeblich das Risiko besser gemanagt werden könne, bereitete die Finanzindustrie ihrer Kundschaft in den letzten Jahren. Dabei entstanden derart komplizierte Produkte und Transaktionen, dass viele Profis die dahinter liegenden Risiken nicht durchschauten und den Überblick verloren. Somit wurde letztlich das Risiko für das Gesamtsystem vergrößert statt verringert und besser verteilt. Auch ein Jahr nach Ausbrechen

der Krise ist noch immer vielfach unklar, welche Risiken wo versteckt sind. Alle Finanzinnovationen sollten deshalb in Zukunft einer Bewilligungspflicht unterliegen und so standardisiert werden, dass sie auf Börsen gehandelt werden und so einer gewissen öffentlichen Beobachtbarkeit unterliegen. Verantwortungsvolle Kreditvergabe ist gesetzlich zu erzwingen, um KreditnehmerInnen nicht Schulden aufzuhalsen, deren Tragweite sie nicht erkennen und die sie übergroßen Risiken aussetzen, wie z.B. Fremdwährungskredite in Österreich und räuberische Subprime Kreditvergabe in USA.

---

## FINANZSEKTOR NICHT WEITER ÜBERFORDERN

Der Finanzsektor hat sich in den letzten Jahren als Risiko-Verwaltungsapparat präsentiert, der seine Sache besser und lukrativer macht als der Staat: Von der Unternehmensführung über die Orchestrierung von Fusionen bis zur privaten Pensionsvorsorge konnte der Finanzsektor immer neue Aufgaben an sich ziehen. Immer mehr Bereiche des Alltags werden mit dem Finanzwesen verknüpft. Da sich der Finanzsektor als Risikoproduzent statt als überlegener Risikoverwalter entpuppt hat, der mit den vielen neuen Aufgaben überfordert ist, sollten ihm diese Überlasten wieder abgenommen werden. Die Altersvorsorge und andere Aufgaben müssen staatliche Verantwortung bleiben.

---

## BANKER AUF DIE SCHULBANK

In den letzten Jahren wurde vielfach verkündet, der Bevölkerung fehle es an Wirtschafts- und Finanzbildung. Finanzinstitute präsentierten sich als Schulmeister, die den Leuten das „notwendige Rüstzeug“ vermitteln wollten, um richtige Entscheidungen zu treffen – Entscheidungen, die in immer mehr Lebensbereichen die Auswahl zwischen verschiedenen Finanzprodukten betreffen. Jetzt

stellt sich heraus, dass die Finanzprofis jahrelang mit Wertpapieren handelten, die sie zum Teil selber nicht verstanden, und jetzt auf Risiken sitzen, derer sie sich bislang gar nicht bewusst waren. Die Finanzwelt ist ihren eigenen Akteuren zu kompliziert geworden. Das spricht aus der Sicht der KonsumentInnen für die staatliche Standardisierung und Vereinfachung von Produkten, um sie vergleichbar zu machen. Für die Finanzakteure leitet sich aus dieser Erfahrung die Notwendigkeit ab, mit der Finanzbildung zunächst bei sich selbst zu beginnen: Krisengeschichte als Pflichtfach für Bankmanager und marktliberale Politiker.

---

## STABILISIERUNG DER REALWIRTSCHAFT

Die Stabilisierung des Finanzsektors ist der erste Schritt im Krisenmanagement. Jetzt ist zielorientiertes Handeln der Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik gefragt, um schnell der drohenden globalen Rezession zu entrinnen. Neben weiteren Zinssenkungen der Zentralbanken sind Konjunkturpakete nötig, welche die Vorziehung von staatlichen Investitionen (z. B. Ausbau der Schulen und des öffentlichen Verkehrs) beinhalten. Weiters sind Steuererleichterungen an die untersten Einkommensschichten mit einer hohen Konsumneigung denkbar. Zusätzlich muss verhindert werden, dass insbesondere die europäischen Staaten – und hier allen voran Österreich und Deutschland – versuchen, die Rezession durch Lohnzurückhaltung auf Kosten ihrer Nachbarn zu überwinden. Auf EU-Ebene würde dies zu einem kompletten Wegfall der aggregierten Nachfrage führen, was eine Verschärfung der Rezession zur Folge hätte. Eine koordinierte europäische Lohnpolitik, die zur Stabilisierung der Nachfrage beiträgt, ist notwendig.



\*) „Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen“. Ein Verein kritischer Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen.  
Kontakt: [www.beigewum.at](http://www.beigewum.at), [www.kurswechsel.at](http://www.kurswechsel.at). „Der Kurswechsel“ ist die Zeitschrift des BEIGEWUM und erscheint viermal jährlich.



## Das Bankenrettungspaket ist toll

Von Karl Pfeiffermann, Sozialwissenschaftler.

Die österreichische Bundesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die österreichischen Banken vor der internationalen Finanzmarktkrise zu schützen. Das Paket sieht unter anderem vor, österreichische Banken mit insgesamt 15 Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals zu unterstützen. Das kann entweder in Form von Aktienbeteiligung, nachrangigem Kapital oder anderen Mittel stattfinden.

Als erstes Institut hat die ERSTE Bank von dieser staatlichen Unterstützung Gebrauch gemacht. Die Republik Österreich wird sich in Form einer nachrangigen Anleihe mit 2,7 Milliarden Euro an der ERSTE Bank beteiligen. Dafür muss die ERSTE Bank fünf Jahre lang jedes Jahr dem Staat eine Nominalverzinsung von acht Prozent bezahlen und am Ende der Laufzeit, nach fünf Jahren, die Anleihe tilgen. Die Republik verfügt aber über kein Stimmrecht, weder in der Hauptversammlung noch im Aufsichtsrat. Im Falle eines Konkurses werden die Forderungen des Staates eben „nachrangig“ bedient. Es wurden ausserdem keine weiteren Bedingungen an die Vergabe der Anleihe geknüpft. Keine Begrenzung der Managergehälter (wie z.B. in Deutschland), auch keine Bedingung für die Vergabe von Krediten an Klein- und Mittelbetriebe. Der Markt, sprich die Banken, sollen das im Rahmen der sog. Governance selbst regeln.

Der Generaldirektor der ERSTE Bank, Andreas Treichl, stellte fest, seine Bank stünde gut da, sie würde mit der staatlichen Hilfe aus Wettbewerbsgründen ihr Eigenkapital erhöhen. Ausländische Konkurrenten würden ebenfalls staatliche Unterstützung in Form von zusätzlichem Eigenkapital bekommen.

Acht Prozent würde man meinen, ist ein gutes Geschäft für den Staat. Der Staat leiht sich, nehmen wir einmal an, zu 3,75 Prozent das Geld von anderen aus, und gibt es an die Banken um acht Prozent weiter. Ein gutes Geschäft für den Staat. Der Ertrag würde 4,25 Prozent betragen. Würde man meinen.

Die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes merkte jüngst an (Standard, 7. November 2008), dass die achtprozentige Verzinsung weit unter den derzeitigen Marktkonditionen liegen würde. Derzeit würden vergleichbare Banken, die selbst Kapital über den Kapitalmarkt aufnehmen würden, 15 Prozent dafür zahlen müssen. Der Staat unterstützt somit durch niedrigere Zinsen (die Differenz beträgt 7 Prozent!) die ERSTE Bank jährlich mit 189 Millionen Euro. Das ist etwas ganz anderes, als Banken zu retten, weil sie aufgrund einer falschen Geschäftspolitik ihre Eigenkapitalbasis verbraucht haben, wie es z.B. der Kommunalkredit passiert ist. Der Staat wird dafür benutzt, die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen für an sich „gesunde“ Banken zu bezahlen.

Die staatliche Unterstützung ist ein gutes Geschäft – zunächst für die ERSTE Bank und ihre Aktionäre. Die bekommen, so Treichl, nämlich eine Dividende bezahlt.

AUGE/UG:

## Keine Staatsgarantien ohne klare Auflagen

„Wünsch dir was“ für Banken – koste es, was es wolle.

„Man hat den Eindruck, die Banken spielen derzeit ein munteres ‚Wünsch dir was‘ und die Regierungen kommen dem auch noch gerne nach: Milliarden schwere Stützungs-pakete für angeschlagene Institute, volle Staatshaftung für Bankein-lagen, welche – sollten sie selbst nur teilweise schlagend werden – eine enorme Belastung für die Staatshaushalte darstellen – alles geht plötzlich, koste es, was es wolle.

Die gleiche Politik hat uns im Gegensatz dazu über Jahre hinweg erklärt – heftig akklamiert von den gleichen Spitzenmanagern, die jetzt in ihrer Panik nach mehr Staat schreien – dass

der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar ist. Die gleiche Politik hatte und hat kein Problem damit, den maroden Krankenkassen dringend notwendige Finanzspritzen zu verweigern und nach wie vor private Pensionsvorsorge und Stock options für Topmanager steuerlich großzügig zu fördern – und natürlich gleichzeitig zu erklären, dass öffentliche Pensionsvorsorge nicht mehr leistbar ist. Das Lügengebäude neoliberaler Politik bricht nun eindrucksvoll in sich zusammen,“ kommentiert Markus Koza, Bundessekretär der

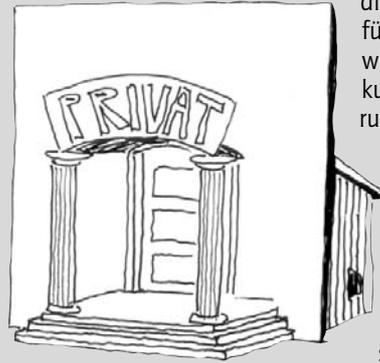
Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB Bundesvorstand die dramatischen Ereignisse der letzten Tage. Um der Finanzkrise einigermaßen Herr zu werden, erscheint staatliche Stützung tatsächlich dringend geboten, weil der Markt wieder einmal dramatisch versagt hat. „Allerdings nur unter scharfen Auflagen und klaren Bedingungen – und von denen hat mensch bislang nur wenig gehört. Sofort gehört ein Verbot von Stock Options her, müssen Finanzmarktprodukte einer strengeren Re-

gulierung und Genehmigungspflicht unterzogen, muss mit steuerlicher Förderung privater Pensionsvorsorge Schluss sein und gehören Veranlagungsvorschriften für Privatpensionen ebenso wie die Eigenkapitalvorschriften von Banken verschärft. Gewinne privatisieren, Verluste allerdings sozialisieren, ist für die SteuerzahlerInnen und die Gesellschaft unzumutbar. Die Banken und jene, die uns in diese Situation gebracht haben, sollen sich ihre Hilfsmaßnahmen gefälligst selber

zahlen – dazu ist die sofortige Einführung einer wirksamen Spekulationsbesteuerung sowie einer Börsenumsatzsteuer als ersten Schritt, sowie eine allgemeine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ein zweiter Schritt. Und es muss endlich Schluss sein,

mit Steuerprivilegien für Spitzenmanager, Stifter und Spitzenvermögen. Ratingagenturen müssen verstaatlicht werden, Banken, die Staatsgarantien oder Finanzspritzen erhalten, gehören zumindest unter staatliche Kontrolle gestellt.

Unzumutbar ist für die AUGÉ/UG auch, dass bislang offensichtlich kein Paket für Häuselbauer geplant ist: „Viele Häuselbauer haben sich den Hausbau über Modelle finanziert, wo Tilgungsträger – Lebensversicherungen oder Fonds – die Schuld begleichen. Mit den Kursstürzen an den Börsen haben diese Tilgungsträger jedoch viel an Wert verloren, besteht das Risiko, dass diese Tilgungsträger nicht mehr in der Lage sind, Kredite zu begleichen. Da drohen Nachschussforderungen, die oft für die Einzelne schlichtweg nicht leistbar sind. Und angesichts des drohenden wirtschaftlichen Einbruchs mit der Gefahr des Arbeitsplatz- und Einkommensverlusts können dramatische soziale Situationen für die Betroffenen entstehen.



Das Lügengebäude neoliberaler Politik bricht nun eindrucksvoll in sich zusammen



Finanztransaktionssteuer:

# „Ausreden zählen nicht mehr – jetzt Börsenumsatzsteuer wieder einführen“

AUGE/UG: „Bankenrettungspaket“ beflügelt vorerst einmal vor allem Börsen und Spekulationsgeschäfte.

Das Kursfeuerwerk an den Börsen zeigt den Zynismus des derzeit vorherrschenden Finanzmarktregimes wieder einmal wunderbar auf: zuerst verdienen hochspekulative Fonds durch Wetten auf fallende Kurse, jetzt profitieren die gleichen Finanzmarktakteure von steigenden Kursen. Zweimal schöpfen jene Finanzmarktakteure, die entscheidend mitverantwortlich für die Finanzmarktkrise sind, aus dieser Krise satte Gewinne ab. Dafür bürgt der Staat und damit die SteuerzahlerInnen mit einem hundert Milliarden Euro schweren Notfallpaket für die Liquidität des Bankensektors. Ohne klare Auflagen, ohne Bedingungen, praktisch ohne Gegenleistung, kritisiert Markus Koza, Bundessekretär der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen die neuesten Entwicklungen im Zuge der Finanzmarktkrise.

## Börsenumsatzsteuer einführen, Stock Options verbieten

Die AUGÉ/UG fordert einmal mehr die sofortige Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer in Höhe von zumindest 0,2 Prozent des Kurswerts des gehandelten Papiers: „Von allen Seiten wird inzwischen die Finanztransaktionssteuer gefordert. Das ist natürlich angenehm, weil das Problem einer Umsetzung auf die europäische Ebene abgeschoben werden kann, wo allerdings das entsprechende Engagement gerade auch der österreichischen Regierung bislang eindrucksvoll gefehlt hat. Eine Börsenumsatzsteuer kann dagegen, auch auf nationaler Ebene eingeführt werden, würde das Tempo aus dem Börsenhandel herausnehmen, Spekulationsgeschäfte eindämmen, stabilisierend wirken und vor allem auch Einnahmen bringen – nämlich auch von jenen, die für die Krise mitverantwortlich sind. Die sollen zumindest ihren Anteil an den Sicherungspaketen für



Handelsüberwachungsraum Der Wiener Börse

*Die rabiaten ‚Mehr Markt, weniger Staat‘-Schreier sind jedenfalls inzwischen ziemlich leise geworden. Endlich, sie werden uns nicht abgehen*

die Finanzmärkte selber zahlen.“ Weiters fordert die AUGÉ/UG ein Ende der steuerlichen Förderung von privater Pensionsvorsorge, das Verbot von Stock Options, sowie die rasche Umsetzung einer wirkungsvollen Spekulationsbesteuerung im Rahmen einer Vermögenszuwachssteuer. Wobei überhaupt die Vermögensbesteuerung endlich offensiv angegangen werden muss. „Ein notwendiges Konjunkturpaket für den Klimaschutz und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, von Bildung und Kinderbetreuung muss finanziert werden, dafür braucht es Geld und Österreich ist ohnehin Schlusslicht bei vermögensbezogenen Steuern. Den Luxus, auf Vermögenssteuern zu verzichten können wir uns gerade in Zeiten wie diesen nicht leisten. Genug der Steuerprivilegien für die Reichsten,“ so Koza weiter.

## Wenn Teilverstaatlichung, dann mit vollen Mitwirkungs- und Kontrollrechten

Wenig abgewinnen können die Alternativen, Grünen und Unabhängigen

GewerkschafterInnen auch Teilverstaatlichungen ohne Mitspracherechte: „Das wäre ja noch schöner: wenn kriegengeschüttelte Banken dringend Kapitalzuschüsse brauchen, soll der Staat brav zahlen, aber möglichst nichts mitreden. Es wirkt ohnehin so, als ob das Bankenpaket von den Banken nach ihren Bedürfnissen diktiert worden wäre. Staatliche Beteiligungen und Finanzspritzen müssen jedenfalls an Mitspracherechte und Mitwirkungsrechte gekoppelt sein, etwa wenn es um Managergehälter, Abfertigungen, volle Transparenz oder Geschäftsstrategien geht. Und es besteht auch keineswegs Eile, Staatsanteile sofort wieder abzustossen. ‚More of the same‘ darf’s jedenfalls nicht mehr geben. Liberalisierungen, Deregulierungen und Privatisierungen haben uns diese Krise beschert, die rabiaten ‚Mehr Markt, weniger Staat‘-Schreier sind jedenfalls inzwischen ziemlich leise geworden. Endlich, sie werden uns nicht abgehen,“ schliesst Koza.

Einmal im Jahr veröffentlicht das WSI<sup>1)</sup> in seinen Mitteilungen einen Bericht über die Entwicklung der europäischen Tarif- bzw. Kollektivverträge. *Von Fritz Schiller.*

2007/2008:

# EUROPÄISCHER TARIFBERICHT

**A**usgangspunkt der Untersuchung ist die Analyse wichtiger europäischer Rahmenbedingungen: des Wirtschaftswachstums, der Arbeitslosenquote, der Verbraucherpreise und der Arbeitsproduktivität.

## BRUTTOINLANDSPRODUKT, ARBEITSLOSENQUOTE

Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug für die EU 15 in 2007 2,6 Prozent, für 2008 soll es laut Eurostat auf 1,7 Prozent zurückgehen. In der gesamten EU 27, also inklusive der neuen EU-Staaten, betrug es 2007 2,4 Prozent, 2008 soll es auf 3,6 Prozent steigen. Das BIP Wachstum für Österreich betrug 2007 3,4 Prozent und wird im heurigen Jahr auf 2,2 Prozent fallen. Die Prognosen sind in der Tat sehr optimistisch, sie wurden vor dem Bekanntwerden der Weltfinanzmarktkrise Ende April veröffentlicht<sup>2)</sup>. Das Wirtschaftswachstum war zumindest in 2006 und 2007, wie aus der Tabelle 1 hervorgeht, unterstützend für die europäischen ArbeitnehmerInnen.

Wie sah es nun mit dem Arbeitsmarkt bzw. der Arbeitslosenquote aus? In der EU 15 fiel die Arbeitslosenrate von 2006 auf 2007 um 0,7 Prozentpunkte auf 7,0 Prozent. In der EU 27 reduzierte sie sich im Vergleichszeitraum von 8,1 Prozent auf 7,1 Prozent, ebenso wie Österreich, von 4,7 Prozent auf 4,4 Prozent. Für dieses Jahr rechnet

das Eurostat mit weiter fallenden Arbeitslosenquoten für ganz Europa.

Das Eurostat berechnet die Arbeitslosenquote nach dem sogenannten „Labour Force“-Konzept. Dabei wird der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung gemessen. Unter Erwerbsbevölkerung werden die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen zusammengefasst, wobei Personen als arbeitslos gelten, die über 15 Jahre alt und arbeitslos sind. Die Erfassung dieser Daten erfolgt über eine Mikrozensus-Arbeitsdatenerhebung.

Demgegenüber ist die österreichische Berechnung der Arbeitslosenquote res-

gen, das sind alle beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten. Für 2007 betrug die Arbeitslosenquote nach österreichischer Definition 6,2 Prozent, im Oktober 2008 ist sie auf 5,6 Prozent gefallen. Auch die Entwicklung der Arbeitslosenquote war günstig für die europäischen und österreichischen ArbeitnehmerInnen.

## INFLATIONSRATE, ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Die Preise bzw. die Arbeitsproduktivität sind in der Lohnpolitik von besonderer Bedeutung. Sie bilden die wichtigsten Bedingungen für die lohnpolitischen Forderungen gemäß der produktivitätsorientierten Lohn- und Gehaltspolitik unter anderem auch des ÖGB. Beide zusammen bilden den Verteilungspolitischen Spielraum.

Die Inflationsrate (gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex) betrug in den EU 15 Staaten in den Jahren 2005 bis 2007 2,1, 1,7 sowie 2,2 Prozent. Sie soll im heurigen Jahr 3,1 Prozent betragen. Die österreichischen Preise sind vom Durchschnitt dieser Preise nicht weit entfernt. Ledig-



*Beim Ausschöpfen des Verteilungspolitischen Spielraums zeigt sich ein erschütterndes Ergebnis*

triktiver, d.h. die Werte der Arbeitslosenquote sind im Vergleich zur Eurostat Berechnung höher. Nur diejenigen, beim AMS als arbeitslos gemeldeten Personen, sind nach nationaler Definition als arbeitslos zu werten. Die Basis (= der Nenner) dazu sind die Erwerbstäti-

gen, das sind alle beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten. Für 2007 betrug die Arbeitslosenquote nach österreichischer Definition 6,2 Prozent, im Oktober 2008 ist sie auf 5,6 Prozent gefallen. Auch die Entwicklung der Arbeitslosenquote war günstig für die europäischen und österreichischen ArbeitnehmerInnen.

lich 2006 waren sie um 0,5 Prozentpunkte geringer. Insgesamt war die betrachtete Periode eine Periode geringer Inflation. Für 2008 soll sie sich auf 3,0 Prozent erhöhen. Das Wifo schätzte in seiner letzten Prognose vom Anfang Oktober die Inflation für dieses Jahr auf 3,4 Prozent (Tabelle 2).

Die Arbeitsproduktivität wird gemessen als der Quotient aus realem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf durch die Anzahl der Beschäftigten. Sie gibt an, um wieviel Prozent sich die Produktion (das BIP) erhöht hat, wenn beispielsweise die Beschäftigten gleich geblieben sind. Im europäischen Schnitt (EU 15) hielt sich die Arbeitsproduktivität im Vergleichszeitraum auf niedrigem Niveau. Lediglich Schweden (2005) und Finnland (2006) konnten einmal ein Wachstum von 3 Prozent erreichen. Im Durchschnitt erreichte die Arbeitsproduktivität in der EU 15 für 2005 1,1 Prozent, für 2006 1,6 Prozent, für 2007 1,1 Prozent und für 2008 wird ein Prozent erwartet. Im Vergleich dazu weist die Österreichische Volkswirtschaft ein geringfügig höheres Wachstum der Arbeitsproduktivität auf.

## VERTEILUNG

In den vier Spalten der Tabelle 3, die mit „Verteilungspolitischer Spielraum“ überschrieben sind, wird angegeben, wie viel gemäß der Produktivitätsorientierten Lohnpolitik die Lohn- und Gehaltserhöhungen hätten ausmachen sollen, um Verteilungsneutralität (Stichwort: Lohnquote), Preisniveaustabilität und Kostenneutralität zu gewährleisten. Der Verteilungsneutrale Spielraum setzt sich aus Preis- und Produktivitätsentwicklung zusammen.

Die Verteilungsbilanz zeigt, wie es den Gewerkschaften gelungen ist den Verteilungspolitischen Spielraum auszuschöpfen bzw. wie erfolgreich sie bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen waren.

*Bitte umblättern*

Tabelle 1	BIP real (Preise 2000)				Arbeitslosenquote (Labour Force)			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien	1,7	2,8	2,7	1,7	8,4	8,2	7,5	7,3
Dänemark	2,5	3,9	1,8	1,3	4,8	3,9	3,7	3,1
Deutschland	0,8	2,9	2,5	1,8	10,7	9,8	8,4	7,3
Finnland	3,3	4,1	2,6	2,2	8,4	7,7	6,9	6,3
Frankreich	1,7	2,0	1,9	1,6	9,2	9,2	8,3	8,0
Griechenland	3,8	4,2	4,0	3,4	9,8	8,9	8,3	8,3
Großbritannien	4,3	4,8	5,6	4,5	4,8	5,3	5,2	5,4
Irland	6,0	5,7	5,3	2,3	4,3	4,4	4,5	5,6
Italien	0,6	1,8	1,5	0,5	7,7	6,8	6,1	6,0
Luxemburg	5,0	6,1	5,1	3,6	4,5	4,7	4,7	4,5
Niederlande	1,5	3,0	3,5	2,6	4,7	3,9	3,2	2,9
<b>Österreich</b>	<b>2,0</b>	<b>3,3</b>	<b>3,4</b>	<b>2,2</b>	<b>5,2</b>	<b>4,7</b>	<b>4,4</b>	<b>4,2</b>
Portugal	4,2	7,9	6,0	6,2	7,6	7,7	8,0	7,9
Schweden	1,8	2,9	3,0	1,7	7,4	7,0	6,1	6,2
Spanien	3,6	3,9	3,8	2,2	9,2	8,5	8,3	9,3
<b>EU15</b>	<b>1,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>1,7</b>	<b>8,1</b>	<b>7,7</b>	<b>7,0</b>	<b>6,8</b>
<b>Gesamte EU</b>	<b>1,9</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,0</b>	<b>8,9</b>	<b>8,1</b>	<b>7,1</b>	<b>6,8</b>

Tabelle 2	HVPI				Arbeitsproduktivität			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien	2,5	2,3	1,8	3,6	0,4	1,6	1,0	0,8
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,3	1,6	2,2	0,0	1,1
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,9	1,3	2,7	1,0	0,8
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,4	1,4	3,0	2,1	1,6
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,0	1,4	1,2	0,6	0,9
Griechenland	3,5	3,3	3,0	3,7	2,3	1,7	2,7	2,2
Großbritannien	2,1	2,3	2,3	2,8	0,8	2,0	2,3	1,7
Irland	2,2	2,7	2,9	3,3	1,3	1,4	1,6	1,6
Italien	2,2	2,2	2,0	3,0	0,4	0,1	0,5	0,1
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,2	2,1	2,3	0,6	-0,4
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,7	1,8	1,2	1,1	1,3
<b>Österreich</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>2,2</b>	<b>3,0</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>	<b>1,4</b>	<b>1,3</b>
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,8	0,9	0,6	1,7	1,0
Schweden	0,8	1,5	1,7	2,4	3,0	2,3	0,3	1,5
Spanien	3,4	3,6	2,8	3,8	0,4	0,7	0,8	0,9
<b>EU15</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>3,1</b>	<b>1,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,1</b>	<b>1,0</b>
<b>Gesamte EU</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,4</b>	<b>3,6</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>1,2</b>

Tabelle 3	Verteilungspolitischer Spielraum				Verteilungsbilanz			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien	3,0	3,9	2,8	4,4	-1,1	-0,7	0,2	-0,9
Dänemark	3,3	4,1	1,7	4,4	0,2	-0,2	2,0	0,1
Deutschland	3,3	4,5	3,2	3,8	-2,7	-2,9	-2,1	-1,7
Finnland	2,2	4,3	3,7	5,1	1,6	-1,4	-0,4	0,5
Frankreich	3,3	3,2	2,3	3,9	-0,1	0,0	0,7	-0,9
Griechenland	5,8	5,0	5,7	6,0	0,3	1,3	1,5	1,4
Großbritannien	2,9	4,4	4,6	4,4	1,4	0,6	-0,7	-0,1
Irland	3,4	4,1	4,5	4,9	1,6	0,4	1,3	0,0
Italien	2,6	2,4	2,5	3,2	0,6	0,1	-0,6	0,7
Luxemburg	5,8	5,3	3,2	3,9	-2,0	-0,8	0,8	-0,7
Niederlande	3,3	2,8	2,6	4,0	-1,7	-0,4	0,1	-0,4
<b>Österreich</b>	<b>3,3</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>4,3</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,0</b>	<b>-1,0</b>	<b>-1,1</b>
Portugal	3,0	3,7	4,1	3,8	-0,1	-1,3	-2,0	-1,2
Schweden	3,8	3,8	2,0	3,9	-0,7	-1,7	2,2	0,7
Spanien	3,7	4,2	3,7	4,7	-0,8	-1,2	-0,1	-0,4
<b>EU15</b>	<b>3,2</b>	<b>3,8</b>	<b>3,3</b>	<b>4,1</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,6</b>
<b>Gesamte EU</b>	<b>3,5</b>	<b>4,0</b>	<b>3,6</b>	<b>4,8</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,3</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,0</b>

Und hier schaut es in den letzten vier Jahren nicht sehr gut aus, weder für die EU der 27 noch für die EU der 15 Staaten. In allen vier Jahren gibt es ein negatives Ergebnis. Nur in zwei Ländern, Griechenland und Irland konnten in diesen Jahren eine positive Bilanz erzielt werden. In Deutschland, Portugal, Spanien und Österreich konnte im Gegensatz dazu in keinem einzigen Jahr der lohnpolitische Spielraum ausgeschöpft werden. Ein erschütterndes Ergebnis! Ein weiterer Beleg für die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in Europa.

In 2007 konnten acht der fünfzehn EU Staaten eine positive Bilanz aufweisen. Die anderen sieben, darunter Österreich (-1,0 Prozent), waren negativ. Insgesamt konnte der lohnpolitische Spielraum um -0,5 Prozent nicht ausgeschöpft werden. Bei den EU 27 Staaten um -0,7 Prozent. Am besten konnten sich 2007 die dänischen und schwedischen Gewerkschaften durchsetzen, sie erzielten 2,2 Prozent mehr als vorgesehen. Im vergangenen Jahr 2007 hätten in Österreich die Lohn- und Gehaltserhöhungen 3,6 Prozent im Durchschnitt ausmachen sollen, in der Realität kamen sie um einen Prozentpunkt darunter zu liegen.

## REALLÖHNE

Eurostat berechnet die Reallöhne als Nominallohne minus dem BIP-Deflator. Deshalb unterscheidet sich diese Darstellung etwas von der der Untersuchung des WSI, bei der der HVPI für die Inflation herangezogen wird. Das Ergebnis der Berechnungen ist aber das Gleiche: Im Zeitraum von 2000 bis 2007 konnten in Griechenland mit 24,0 Prozent die höchsten Reallohnsteigerungen verzeichnet werden. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Erhöhung von 3,1 Prozent. Dicht dahinter ist Irland mit 22 Prozent und mit einigem Abstand Finnland, Schweden, Großbritannien und Dänemark. Das Schlusslicht bildet Spanien mit einem Reallohnverlust von -4,7 Prozent oder -0,7 Prozent p.a. Österreich ist nur geringfügig besser. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 erhöhten sich die Reallöhne um 2,2 Prozent oder um 0,3 Prozent p.a.

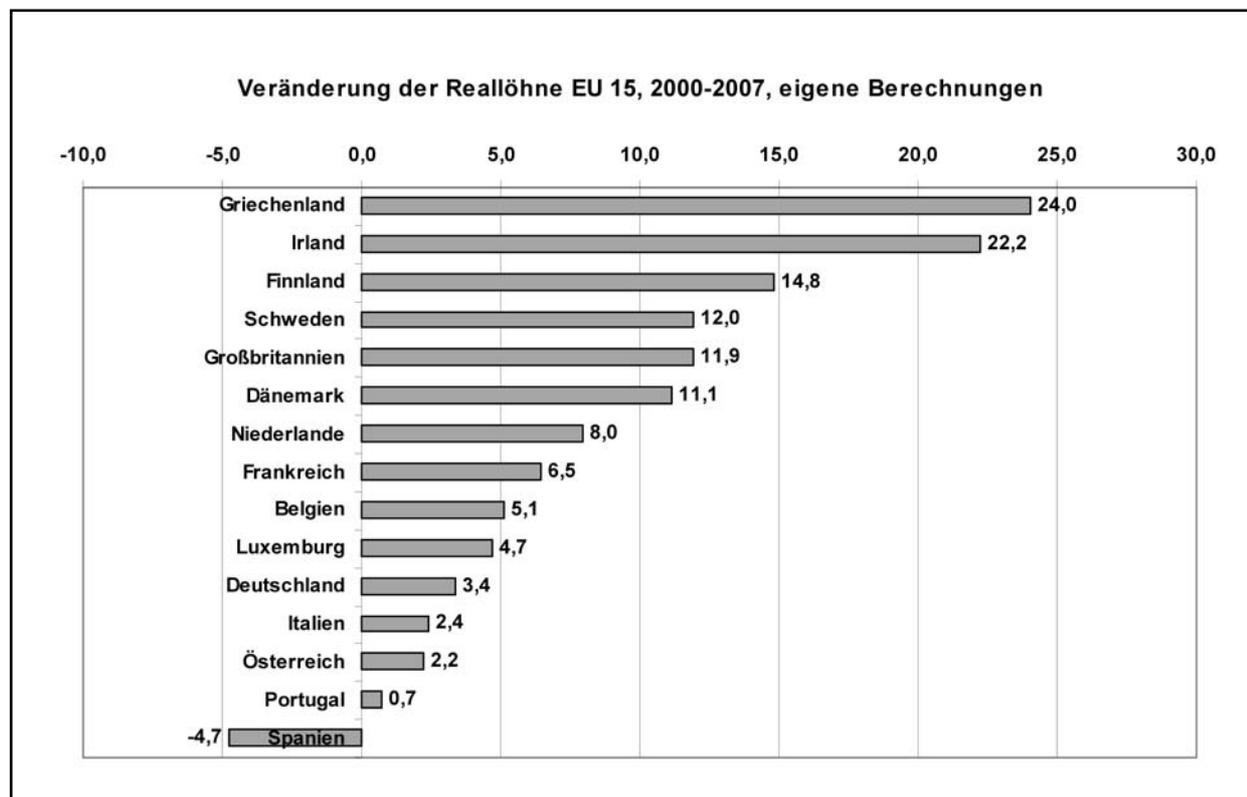
Die WSI-Untersuchung stellt eindeutig die unzureichenden Lohn- und Gehaltserhöhungen in Europa und insbesondere in Österreich zwischen 2005 und 2008 fest. Die Gehaltserhöhungen waren und sind weit davon entfernt eine Lohn-Preis-Spirale in Gang zu set-

zen. Im Gegenteil: durch die zu erwartenden negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft ist eine Ankurbelung des inländischen Konsums absolute Priorität. Das kann nicht durch Steuersenkungen und Konjunkturprogramme allein getan werden. Auch die Gewerkschaften sind gefordert, ihren Anteil dazu beizutragen, in dem sie endlich (!) die produktivitätsorientierte Lohn- und Gehaltspolitik durchsetzen. Die Gewerkschaften müssen sich dazu durchringen, ihrer Mission als Kampforganisation (Zitat: Sandra Neuberger) wieder bewusst zu werden. D.h. sich auch in Arbeitskämpfe wagen und damit der zunehmenden Armutsgefährdung vieler ArbeitnehmerInnen entgegenzutreten.

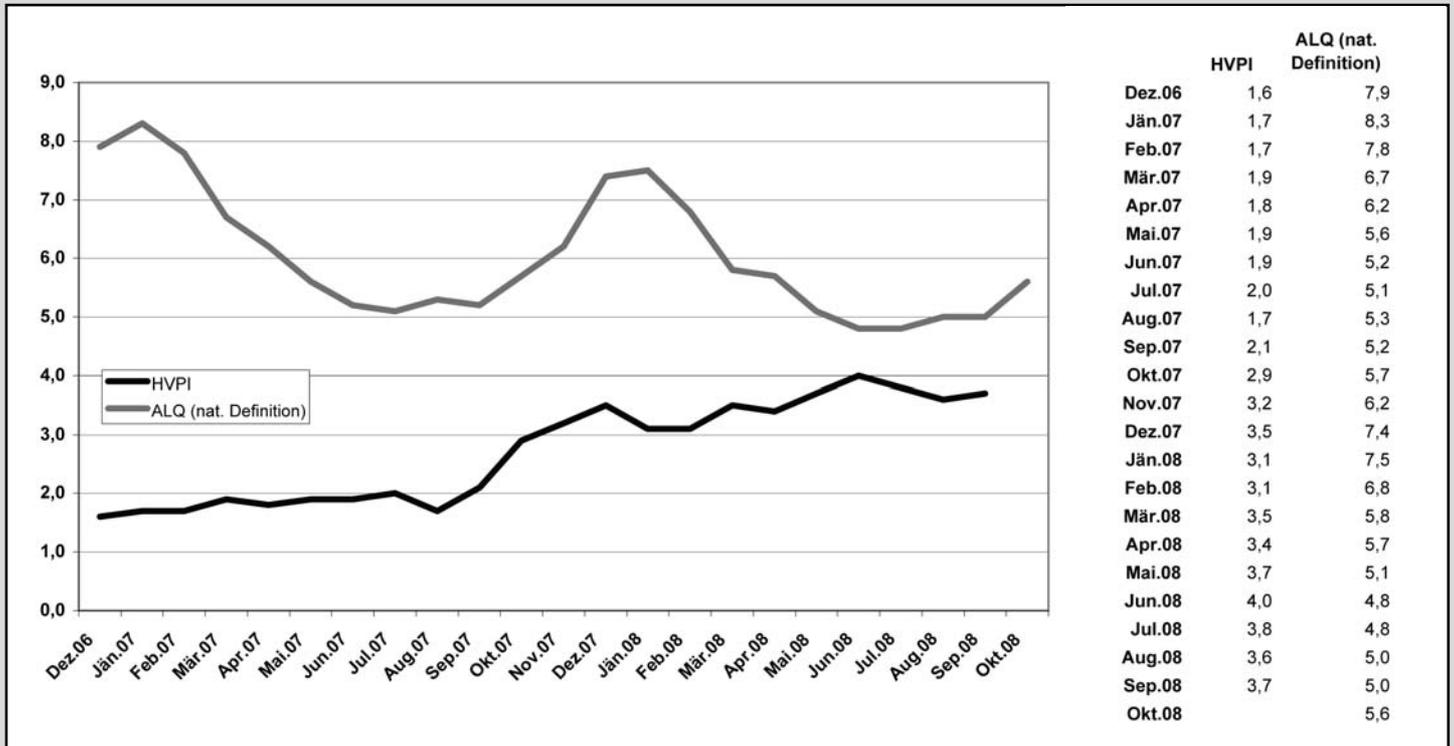
<sup>1)</sup> Gewerkschaftsnahes deutsches „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut“

<sup>2)</sup> Für die Berechnungen wurden Daten und Prognosen aus der AMECO-Datenbank von Eurostat herangezogen.

Quelle: Schulten T. (2008): Europäischer Tarifbericht des WSI 2007/2008, in: WSI-Mitteilungen 9/2008, S. 471–478.



## Inflationsrate (HVPI), Arbeitslosenquote (ALQ) Österreich (in Prozent)



## Arbeitsmarkt (in Personen)

	2004	2005	2006	2007	Sep.08	Okt.08
Arbeitskräftepotential	3.444.380	3.482.940	3.520.051	3.566.288	3.651.655	3.638.766
Unselbständig Beschäftigte	3.200.500	3.230.286	3.280.878	3.344.039	3.468.328	3.435.991
unselbst. aktiv Beschäftigte	3.078.545	3.110.407	3.161.932	3.227.449	3.352.263	3.318.347
Geringfügig Beschäftigte	222.906	229.746	235.806	245.832	274.243	274.243
in % zu Unselbständig Beschäftigte	6,5	6,6	6,7	6,9	7,5	7,5
Freie Dienstverträge	25.016	26.662	27.372	26.077	25.186	25.186
Selbständig Beschäftigte	378.627	383.724	387.918	391.242	401.516	406.467
Vorgemerkte Arbeitslose	243.880	252.654	239.174	222.248	183.327	202.775
in % zu Unselbständig Beschäftigte	7,1	7,3	6,8	6,2	5,0	5,6
Vorgemerkte Arbeitslose InländerInnen	203.486	208.352	196.983	182.686	150.822	165.001
Vorgemerkte Arbeitslose AusländerInnen	40.394	44.302	42.191	39.563	32.505	37.774
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 15-24 Jahre	38.747	41.568	38.095	35.140	33.075	35.258
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 25-49 Jahre	159.034	164.578	156.180	144.226	113.468	126.540
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 50 u. m. Jahre	46.099	46.509	44.899	42.882	36.784	40.977
Verweildauer in Arbeitslosigkeit (in Tagen)	108	107	99	92		
Bestand an Langzeitarbeitslosigkeit > 12 Monate	20.405	11.879	8.350	6.144	5.431	5.412
Arbeitslosenquote (Registerquote)	7,1%	7,3%	6,8%	6,2%	5,0%	5,6%
Gemeldete offene Stellen	23.774	26.208	32.912	38.214	38.514	34.987
Arbeitslosenquote nach Eurostat	4,80%	5,20%	4,70%	4,40%	3,30%	3,20%
Personen in Schulung	42.645	48.590	57.504	52.653	50.469	54.549
in % zu Unselbständig Beschäftigte	1,2	1,4	1,6	1,5	1,4	1,5

Quelle: BMWA, eigene Berechnungen

Eine Rundreise durch die Abtreibungsparagrafen der Gesetzbücher Lateinamerikas.  
Von Eva Bahl und Judith Götz.

# IF I CAN'T ABORT, IT'S NOT MY REVOLUTION

Lateinamerikas Gesetze zur Abtreibung gehören zu den härtesten weltweit – in manchen Ländern ist der Schwangerschaftsabbruch nicht einmal im Falle der Lebensgefährdung der Mutter zugelassen. Auch die vermeintlich „linken“ StaatschefInnen, die „großen Revolutionäre“ Lateinamerikas, wollen daran nichts ändern. Sie werfen ihre vermeintliche Fortschrittlichkeit meist dann über Bord, wenn es um WählerInnenstimmenfang oder „sekundäre Belange“ wie Frauenrechte geht.

## ABTREIBUNGSVERBOT AUCH BEI VERGEWALTIGUNGEN

Die Gesetzeslage in den meisten lateinamerikanischen Ländern lässt Abtreibung nur dann zu, wenn eine Gefährdung der Gesundheit beziehungsweise des Lebens der Mutter besteht oder die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung zustande gekommen ist. Oft sind derartige Paragraphen an eine Einverständniserklärung der Ehemänner, der gesetzlichen VertreterInnen gebunden oder der Willkür der ÄrztInnenschaft sowie lokaler Gerichte ausgesetzt, vor denen dieses Recht erst eingeklagt werden muss. Mit wenigen Ausnahmen machen sich in allen anderen Fällen sowohl die abtreibende Frau als auch die Person, die die Abtreibung durchführt, strafbar – in Belize drohen beispielsweise bis zu 14 Jahre Haft für beide. Ein so genanntes „Totalverbot“ von Abtreibung, das sonst nur in Malta und im Vatikan durchgesetzt ist, gibt es gleich in mehreren Ländern, zu denen Chile, El Salvador, Honduras, Saint Martin (Nieder-

ländische Antillen), die Dominikanische Republik und seit zwei Jahren auch Nicaragua zählen. Dieses „Totalverbot“ sieht vor, dass Frauen nicht einmal im Falle der Gefährdung ihres eigenen Lebens die Schwangerschaft abbrechen dürfen. Kaum verwunderlich also, dass die Weltgesundheitsorganisation die Anzahl der illegalen Abtreibungen, die durch die unsicheren Bedingungen zu einer unglaublich hohen Todesrate führen, in Lateinamerika jährlich auf rund vier Millionen schätzt. Der etwa 6.000 Frauen, die jährlich aufgrund von illegalen Abtreibungen sterben, wird seit 1990 am 28. September, dem „Día de lucha por la despenalización del aborto en Latinoamérica y el Caribe“ (Tag für die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbruch in Lateinamerika und der Karibik) gedacht. An diesem Tag riefen dieses Jahr mehr als 600 Organisationen in ganz Lateinamerika und der Karibik dazu auf, gegen die Illegalisierung und Bestrafung dieses Frauenrechts zu protestieren.

## „REVOLUTION“ AUF KOSTEN VON FRAUEN

In Venezuela sterben laut Statistiken pro Woche ungefähr ein bis zwei Frauen an unsicheren Abtreibungen. Trotz jahrelanger Bemühungen der venezolanischen Frauenbewegung, Abtreibung zu entkriminalisieren und nur mehr dann zu bestrafen, wenn sie ohne Wissen und Einverständnis der Frau durchgeführt wird, ist keine Änderung der besagten Passagen im Strafgesetzbuch zu erwarten. Der Chavismus gibt sich

nämlich alles andere als religionskritisch – Jesus war laut Chávez immerhin der erste Revolutionär – und katholische WählerInnen machen wohl einen zu großen Teil seiner Stimmen aus, auf die man nicht verzichten möchte. Nicht strafbar ist der Abbruch der Schwangerschaft nur, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Aber selbst in diesem Fall muss eine schriftliche Einverständniserklärung ihres Ehemannes oder, im Fall von Minderjährigen, ihres/ihrer gesetzlichen VertreterIn vorgewiesen werden. In Nicaragua wurde das Strafgesetz zum Negativen geändert, als kurz vor den PräsidentInnenchaftswahlen 2006 52 der 61 anwesenden Abgeordneten, unter ihnen zahlreiche Mitglieder der sandinistischen Partei FSLN, für ein totales Abtreibungsverbot stimmten, ebenfalls um bei den katholischen WählerInnen zu punkten. Daniel Ortega Wahlsieg ist unter anderem auf die komplette Eliminierung dieses Frauenrechts zurückzuführen. Betroffenen Frauen und ÄrztInnen drohen nun bis zu acht Jahre Haft. Zuvor war Abtreibung seit 1891 aus „medizinischen Gründen“ dann zugelassen, wenn drei unabhängige Gutachten über die gesundheitlichen Risiken für die betroffene Frau erbracht werden konnten und der Ehepartner oder die nächststehende Person aus der Familie dem Abbruch zustimmte.

## LINKSBÜNDNISSE ZUR ABTREIBUNGSFRAGE

Chile verfügt über ein ähnlich hartes Abtreibungsgesetz wie Nicaragua. Die Mitte-Links-Koalition, die seit dem

Ende der Pinochet-Diktatur im Jahr 1989 Chile regiert, hat die entsprechenden Anti-Abtreibungsparagrafen nicht revidiert, sondern sogar verschärft, so dass Abtreibung nicht einmal nach Vergewaltigung oder aus „medizinischen Gründen“ erlaubt ist. Die einzige Veränderung, die von Präsidentin Michelle Bachelet durchgesetzt wurde, ist der 2007 unterschriebene Erlass, dass 14- bis 18-Jährige ohne Einverständniserklärung der Eltern Anspruch auf die „Pille Danach“ haben. Auch in Brasilien hat die Lula-Regierung kaum etwas daran geändert, dass eine Abtreibung nur im Falle der Gesundheitsgefährdung der Mutter durchgeführt werden darf. Lediglich eine neue Auslegung, die öffentliche Krankenhäuser dazu verpflichtet, Ab-

treibungen durchzuführen wenn Frauen angeben, dass sie vergewaltigt wurden, ohne dies auch beweisen zu müssen, ist eine kleine Verbesserung.

Uruguays „linker“ Präsident Tabaré Vázquez Rosas steht dem um nichts nach. Er hat angekündigt, ein Veto gegen die Legalisierung einzulegen, sollte es zu einer Mehrheit im Parlament kommen. Dies war jetzt am 5. November dieses Jahres der Fall. Mit 49 zu 48 Stimmen hat sich das Parlament für die Legalisierung von Abtreibung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen ausgesprochen. Sollte er dieses Votum wiederholen, wird das umstrittene Projekt zum Gesetz. Das Veto des Präsidenten könnte höchstens noch an der Unterstützung des Ministerrats (auf die ein Veto der Exekutive angewiesen ist) scheitern, denn drei der amtierenden MinisterInnen haben in einer Unterschriftenaktion eine Frau unterstützt, die wegen einer Abtreibung vor Gericht steht. So sorgt Uruguay doch für einen Hoffnungsschimmer in Lateinamerika.

---

## LICHTBLICK AM ABTREIBUNGSHORIZONT

Weitere Lichtblicke am lateinamerikanischen Abtreibungshorizont stellen

Kuba, Puerto Rico, drei Länder der niederländischen Antillen, Guyana, Französisch Guyana und Barbados dar, wo der freiwillige Abbruch der Schwangerschaft, wie Abtreibung von vielen Feministinnen in Lateinamerika bezeichnet wird, erlaubt ist. In Kuba sind Abtreibungen kostenlos und können aus sozialen, medizinischen und ökonomischen Gründen durchgeführt werden.



In Guyana beispielsweise gibt es seit 1995 eine Acht-Wochenfrist, Schwangerschaftsabbrüche sind bis zu diesem Zeitpunkt straffrei möglich. Die Brisanz des Problems lässt sich an diesem Beispiel besonders deutlich erkennen: In den ersten sechs Wochen nach Einführung des Gesetzes wurden 41 Prozent weniger Frauen wegen Komplikationen nach illegalen Abtreibungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Positive Veränderungen hinsichtlich der Abtreibungsgesetze lassen sich auch in Kolumbien ausmachen, wo Schwangerschaftsabbrüche seit Mai 2006 zumindest in wenigen Ausnahmefällen – Gesundheitsgefährdung der Mutter, Vergewaltigung und Missbildungen des Fötus, die das Kind lebensunfähig zur Welt kommen ließen – durchgeführt werden dürfen. Die erste legale Abtreibung nahm dann eine Elfjährige vor, die durch eine Vergewaltigung durch ihren Stiefvater schwanger geworden war. Die Katholische Kirche exkommunizierte alle an der Abtreibung beteiligten Personen mit Ausnahme des Mädchens selbst, das noch zu jung dafür war. Die Wirkung solcher Interventionen ist in stark katholisch geprägten Gesellschaften nicht zu unterschätzen. Allein in Kolumbien wird die Anzahl der illegalen Schwangerschafts-

abbrüche jährlich auf über 300.000 geschätzt, wovon zirka 30 Prozent mit Komplikationen verbunden sind. In etwa zehn Prozent der Fälle, d.h. bei 30.000 Frauen führen diese Komplikationen zum Tod.

In Mexiko hat am 24. April 2007 das Parlament von Mexiko Stadt, in dem die sozialdemokratische PRD die Mehrheit hat, das Abtreibungsgesetz liberalisiert und lässt nun Abbrüche bis zur 12. Woche straffrei.

---

## NEUE VERFASSUNGEN

Sowohl in Bolivien als auch in Ecuador gilt die Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen, für Frauen, die vergewaltigt worden sind oder deren Gesundheit oder Leben gefährdet ist. In beiden Ländern ist aber angesichts der aktuellen Debatte über eine neue Verfassung, das Thema wieder auf die Tagesordnung gekommen.

In Bolivien hat sich eine breite Allianz aus autonomen feministischen Organisationen und Frauen aus den politischen Parteien intensiv am verfassungsgebenden Prozess beteiligt.

In Ecuador war die Abtreibungsdebatte ebenfalls ein Punkt, um den sich im Vorfeld des Verfassungsreferendums am vergangenen 28. September alles drehte. Katholische Bischöfe und Evangelikale hatten die Verfassung abgelehnt, weil sie – ihrer Ansicht nach – in ihrer Ambivalenz die Legalisierung von Abtreibung ermöglicht. Präsident Correa, ein praktizierender Katholik, hat aber schon versichert, dass es nicht zu einer Legalisierung auf Grund dieses progressiven Verfassungstextes kommen werde.

Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung bleibt also weiterhin ein Ziel, für das die vielfältigen feministischen Bewegungen werden kämpfen müssen. Auf der Agenda linker Regierungen scheint es jedenfalls vorerst nicht zu stehen.

---

– Abtreibung weltweit:  
[www.svss-uspda.ch/de/facts/world-list.htm](http://www.svss-uspda.ch/de/facts/world-list.htm)  
[www.un.org/esa/population/publications/abortion/profiles.htm](http://www.un.org/esa/population/publications/abortion/profiles.htm)

– Abtreibungsgesetze in Lateinamerika:  
[http://news.bbc.co.uk/1/hi/spanish/latin\\_america/newsid\\_6625000/6625983.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/spanish/latin_america/newsid_6625000/6625983.stm)

# EINST HERRSCHAFTSSITZ – NUN HAUS FÜR ALLE

**W**ährend drei Tagen bildete das historische Schloss von St. Peter, „einst Herrschaftssitz – nun Haus für alle“ den Rahmen für 78 Veranstaltungen, die zum überwiegenden Teil von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen selbst organisiert waren. Ein breiter Bogen von Themen spannte sich von ökologischen Fragestellungen über die Problematik von Geld- und Friedenthemen bis hin zu Überlegungen, wie ein solidarisches, soziales, ökologisches und weltoffenes Europa aussehen könnte.

Noch nie in der Geschichte der österreichischen Sozialforumsbewegung war es gelungen, in einem derart hohen Masse die Bevölkerung der Region in die Diskussionen einzubeziehen. Ebenso aber gab es Gäste aus anderen Ländern wie Claudio Nascimento, den brasilianischen Cheforganisator solidarischer Netzwerke der Regierung von Inácio Lula, den Vizepräsidenten der „Republican Sinn Féin“ von Irland, Des Dalton, den griechischen Koordinator des Bootsprojekts „Free Gaza“, Evangelis Pissias, und des Verantwortlichen für die Beziehungen zu sozialen Bewegungen in der bundesdeutschen MetallarbeiterInnengewerkschaft, Horst Schmitthenner.

Angesichts der gegenwärtigen innenpolitischen Lage in Österreich, die durch einen massiven Rechtsruck bei den letzten Nationalratswahlen gekennzeichnet ist sowie angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die jetzt zunehmend auf den kapitalistischen Produktionsprozess übergreifen, bot das „Austrian Social Forum“ (ASF) eine sehr gute Gelegenheit, die aktuelle Situation solidarisch zu reflektieren und gemeinsam praktische Schritte zur Überwindung der Krise anzupfeilen.

Der drohende Zusammenbruch des Finanzsystems erfordert eine radikale Neuorientierung zu einem sozialen, ökologischen und geschlechtergerechten Europa. Den weiteren Privatisierungsplänen soll die Rückführung

**Das 4. Austrian Social Forum ging am 26. Oktober 2008 erfolgreich zu Ende.**



wichtiger Bereiche (Energie, Post, Bahn) sowie der Banken und Großkonzerne in öffentliches, demokratisch kontrolliertes Eigentum entgegengesetzt werden. Solidarische Ökonomie anstatt schrankenlosem Egoismus.

Beim ASF gab es lebhaftes Diskussions über Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem. Zu diesem Thema wurde ein breites Spektrum an Ideen diskutiert, das von Entwicklung neuer wertstabiler und gemeinschaftsbildender Geldformen über Konzepte der Steuergerechtigkeit bis zu demokratisch kontrollierten sozialistischen Wirtschaftssystemen reichte. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass das bestehende System auf rücksichtsloser Gewinnmaximierung, Ausbeutung von

Mensch und Natur und auf einem zerstörerischen, profitorientierten Wachstumszwang beruht.

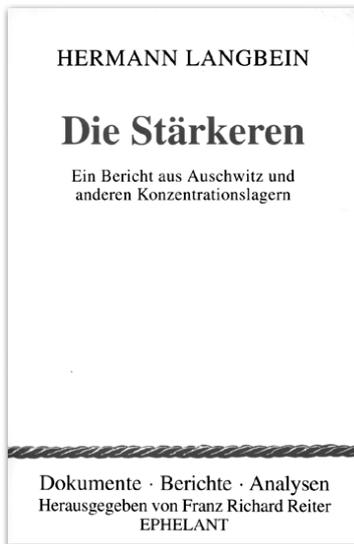
Es wurde festgestellt, dass das so genannte Ausländerproblem in Wirklichkeit eine Folge weltweiter sozialer und ökonomischer Ungerechtigkeit ist. Es müssen dringend Maßnahmen gegen die Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt, bei Behörden und im Bildungssystem getroffen werden.

Diskutiert wurde weiters die Anerkennung einer WohnbürgerInnenenschaft, die den MigrantInnen gleiche Rechte zugeht, und die Aufhebung aller so genannten Ausländergesetze.

Anstelle des von der Europäischen Union angestrebten „Reform“vertrags von Lissabon, sollen Konzepte Platz greifen, die ein soziales, ökologisches, geschlechtergerechtes und friedliches Europa verwirklichen. Das ASF sprach sich entschieden gegen ein Europa der Banken, Konzerne und Generäle aus. Ebenso wies das ASF die rassistische Einwanderungspolitik durch die Festung Europa zurück. Vor allem die Rückkehrdirektive der EU hat die Situation von MigrantInnen und AsylwerberInnen enorm verschärft.

In den verschiedenen Arbeitskreisen sprachen sich die TeilnehmerInnen entschieden gegen Krieg und Besatzung aus. Anhand von Beispielen wie Palästina und Tibet wurde die Notwendigkeit von Friedensstrategien im Zusammenhang mit nationaler Unterdrückung diskutiert. Ebenso wurde eine aktive Solidarität mit den unterdrückten Völkern gefordert.

Das ASF hat einen guten Beitrag dazu geleistet, die unterschiedlichen Zugänge zu den einzelnen Problemstellungen zusammenzuführen und solidarische Diskussionen zu unterschiedlichen Themen gewährleistet.



Hermann Langbein

## Die Stärkeren

Ein Bericht aus Auschwitz und anderen Konzentrationslagern.

Der kommunistische Widerstandskämpfer und Spanienkämpfer Hermann Langbein (1912–1995) war vom Mai 1941 bis August 1942 im KZ Dachau, anschließend bis August 1944 in Auschwitz und danach in Neuengamme in Haft. Im Zuge eines Evakuierungsmarsches konnte er am 11. April 1945 flüchten.

Hermann Langbein beschreibt seine Internierungen in den französischen Lagern St. Cyprien, Gurs und Le Vernet und den nationalsozialistischen Konzentrationslagern Dachau, Auschwitz und Neuengamme.

Er war Mitglied der Widerstandsbewegungen dieser NS-Konzentrationslager und Leitungsmitglied der Kampfgruppe Auschwitz. Sein autobiographischer Bericht dokumentiert die jüngere Zeitgeschichte aus der Perspektive eines Menschen, der auf Grund seines Einsatzes seltene Erkenntnisse über die Funktionsweisen von Konzentrationslagern, sowie die Formen des Widerstandes in den Konzentrationslagern gewonnen hat.

Im Nachwort erklärt Hermann Langbein die Gründe für seine Distanzierung von der Kommunistischen Partei.

Hermann Langbein wurde vom Staat Israel als Gerechter der Völker ausgezeichnet, weil er unter Einsatz seines Lebens Juden geholfen hat. Er verfasste zahlreiche Publikationen über Auschwitz, war Vorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees und initiierte die Aktion Zeitzeugen an österreichischen Schulen. Sowohl beim ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess (Dezember 1963 bis August 1965) als auch bei den Ermittlungen in Österreich gegen über 55 Verdächtige wegen Verbrechen im KZ Auschwitz spielte Hermann Langbein eine wesentliche Rolle.

Das Buch erschien im Ephemant Verlag und ist im Buchhandel um 22 Euro erhältlich.



Walter Stern

## „Das Überleben hat gelohnt“

Erinnerungen eines Metallarbeiters und GE-Betriebsrates.

Walter Stern, geboren 1924, wuchs in Wien im kleingewerblichen Milieu mit familiären Sympathien zur Sozialdemokratie auf. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem 12. Februar 1934 prägten sich tief in das Bewusstsein Walter Sterns ein. Nach dem nationalsozialistischen Einmarsch in Österreich 1938 lernte Walter Stern im Rahmen der Jugendaliyah den Beruf eines Bäckers und eines Schlossers. 1939 flüchtete er über Italien nach Palästina. Die Eltern wurden vom NS-Regime ermordet, den beiden Brüdern gelang die Flucht ins Ausland. In Palästina arbeitete Walter Stern im Kibbutz Tell Joseph und schloss sich dem dortigen kommunistischen Jugendverband an.

1942 trat er in die britische Armee ein und nahm zur Freien österreichischen Bewegung Kontakt auf. Durch die Begegnung mit österreichischen Spanienkämpfern in Italien bekam Walter Stern Verbindung zu US-amerikanischen Stellen und kehrte mit der US-Armee, als Mitglied des Office of Strategic Services (OSS), dem Vorläufer des CIA, wieder nach Österreich zurück, wo er zunächst in Linz bei der Suche nach Nazi-Kriegsverbrechern mitarbeitete.

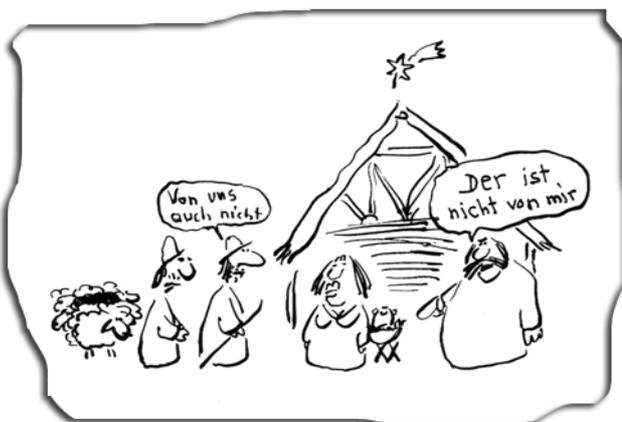
1947 schloss er sich der KPÖ an, begann in einem Elektro- und Metallunternehmen zu arbeiten und wurde dort Betriebsratsvorsitzender. 1968 trat er aus der KPÖ aus. 1984 ging er in den Ruhestand. Walter Stern gehört zu den GründerInnen der Gewerkschaftlichen Einheit (GE).

*Sabine Lichtenberger, AK-Wien, Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte*

Er erscheint im ÖGB-Verlag, ISBN: 978-3-7035-1346-6, 308 Seiten, Preis: zirka 30 Euro (für AUGÉ-Mitglieder: 20 Euro, in der AUGÉ demnächst erhältlich).



## Endlich, endlich wieder Weihnachten



...mit einer Neuauflage der „alten“ brandaktuellen Much-Weihnachtskarten. Zum Wahnsinnspreis von einem Euro bekommst du sechs verschiedene Weihnachtskarten zugeschickt.

Zu bestellen im AUGÉ-Büro, Belvederegasse 10, 1040 Wien, [auge@ug-oegb.at](mailto:auge@ug-oegb.at), Telefon: (01) 505 19 52.



**RAT.  
INFO.  
SERVICE.  
RECHT.**

[wien.arbeiterkammer.at](http://wien.arbeiterkammer.at)

### IM INTERNETPORTAL DER AK WIEN

- 24-Stunden-Arbeitsrechtsberatung
- AK Onlineratgeber und Servicerechner
- Beruf und Familie
- Bildung
- Wohnen
- Konsumentenschutz
- Angebote für AK Mitglieder
- AK Broschüren und Publikationen
- AK FÜR SIE

